:antifaschistische nachrichten

Nr. 2

g 3336 16.1.2003 19. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €

No War on Iraq! NEIN zum Krieg gegen den Irak!

Aufruf der Friedensbwegung zum 15. Februar 2003: Europaweiter Aktionstag gegen den Krieg am 15. Februar

Die US-Regierung hält an ihren Plänen für einen groß angelegten Angriffskrieg gegen den Irak fest. Die Bundesregierung hat versprochen, sich nicht an diesem Krieg zu beteiligen. Die aktuellen Erklärungen und Handlungen lassen hingegen Zweifel daran aufkommen.

Wir sagen NEIN zu diesem Krieg!

Ein neuer Golfkrieg bringt der irakischen Bevölkerung, die unter dem Embargo bittere Not und Hunger leidet und durch das diktatorische Regime Saddam Husseins unterdrückt wird, noch mehr Elend, weitere Tausende Tote und die Zerstörung von Städten und Infrastruktur. Wir erklären uns solidarisch mit den Menschen im Irak in ihrem Widerstand gegen Krieg und Diktatur.

Der Krieg bedeutet einen weiteren Schritt zur Globalisierung der militärischen Gewalt und verschärft den permanenten Kriegszustand auf unserem Planeten. Er stellt einen weiteren Angriff der US-Regierung auf das Völkerrecht dar und besiegelt die neue aggressive US-Strategie des „Präventivkrieges".

Ganz offensichtlich geht es den Regierungen der USA und Großbritanniens dabei nicht um Menschenrechte und Demokratie, nicht primär um den Kampf gegen den internationalen Terrorismus oder um angebliche irakische Massenvernichtungswaffen, sondern um politische und wirtschaftliche Interessen in einer der ölreichsten Regionen der Erde.

Fortsetzung auf Seite 3

Aus dem Inhalt:

Nie wieder! Landeskonferenz antifasch. Organisationen 5
Firmenarchive öffnen! 7
Die Benes-Dekrete – ein geeignetes Streitobjekt der Geschichte? 8

Magdeburg: Naziaufmarsch am 18.1. verhindern!

Nein zum Krieg heißt auch Nein zum Faschismus!

Seit 5 Jahren finden jährlich zum Gedenktag der Bombardierung Magdeburgs Neonazi-veranstaltungen statt. Auch dieses Jahr planen die Neonazis unter dem Deckmantel einer sog. „Initiative gegen das Vergessen" einen Aufmarsch am 18.1.2003 durch Magdeburg.

Der Aufmarsch steht unter dem Motto „Alliierter Bombenterror gegen deutsche Städte", wobei die Neonazis wieder einmal versuchen von der Kriegsschuld Deutschlands abzulenken. Bei diesen Aufmärschen versuchen sie Anknüpfungspunkte zu der sich gerade neu formierenden Friedensbewegung zu finden. So wurde zum Beispiel bei einem Aufmarsch in Magdeburg im Jahr 2002 mit Transparenten auf die US-amerikanische Kriegspolitik hingewiesen und so wird auch die Befreiung vom Nationalsozialismus in Deutschland als aggressiver Akt der US-Amerikaner dargestellt. Bei ihren letzten Aufmärschen wurde explizit dazu aufgerufen, Fahnen von Ländern, die von US-Interventionen betroffen waren bzw. noch sind, mitzuführen.

Dass es die Neonazis mit dem Frieden jedoch nicht so genau nehmen, zeigt sich an zahlreichen bundesweit durchgeführten Aufmärschen (z.B. Wunsiedel, Halbe, etc.), auf welchen sie den deutschen Soldaten des 1. und 2. Weltkrieges gedenken, sie zu Helden stilisieren und Parolen wie „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!" propagieren.

Überall auf der Welt formieren sich zur Zeit Bündnisse gegen den Krieg, die zeigen wollen, dass die Mehrheit der Weltbevölkerung gegen die Kriegseinsätze ist. Auch wir wollen an diesem Tag zeigen, dass es auch in Magdeburg und anderswo viele Menschen gibt, die gegen diesen Angriffskrieg Widerstand leisten. Wir finden es wichtig, dass es an diesem Tag zwei klare Signale von uns gibt.

- Erstens: ein klares Nein zum Militäreinsatz im Irak und
- Zweitens: ein klares Nein zu den Bestrebungen der Neonazis, in der Friedensbewegung Fuß zu fassen.

Aus dem Aufruf von: Antifaschistisches Aktionsbündnis, Autonomer Zusammenschlusz Magdeburg (http://www.az-md.org), Offene Jugend Antifa Venceremos (http://www.venceremos-md.org)

Gegendemo: Treffpunkt um 10.00 Uhr auf dem Olvenstedter Platz, MD-Stadtfeld, **Gegenkundgebung:** 10.00 - 13.00 Uhr am Busbahnhof (Damaschkeplatz), Magdeburg ■

Rechte Propaganda auf dem Neujahrsempfang

Braunschweig. Zum diesjährigen Neujahrsempfang am 8.1.03 hatte der Braunschweiger Oberbürgermeister Hoffmann einen ganz besonderen Gesinnungsfreund in die Burg Dankwarderode geladen. Den rechts-konservativen Historiker und Publizisten Arnulf Baring.

Dieser hat zuletzt mit einem Dossier am 19. November in der FAZ auf sich aufmerksam gemacht. Unter der Überschrift: „Bürger auf die Barrikaden! – Deutschland auf dem Weg zu einer westlichen DDR“, ruft er das Bürgertum zur Revolte gegen „hilflose Politiker, die das Land verrotten lassen“ auf. Er vergleicht dort das heutige Deutschland mit dem der 20er Jahre und bedauert das Fehlen des damaligen Artikels 48 im heutigen Grundgesetz. Dieser Artikel 48, der der Reichsregierung ohne Zustimmung des Reichstages das Inkraftsetzen von Gesetzen per Notverordnung durch den Reichspräsidenten ermöglichte, hat wesentlich zur Auflösung der Weimarer Republik und zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen.

Mit solchen Notverordnungen will Baring seine „schmerzlichen Reformen“ umsetzen. Diese benennt er auch. Zu ihnen gehören massiver Sozialabbau, Rentenkürzungen und eine Gestaltung der Gesellschaft nach dem Prinzip „Alle gegen Alle“. Er schreibt: „Wir brauchen dringend mehr Wettbewerb, überall und allenthalben, an und zwischen Schulen, Universitäten, Ländern, Kommunen.“ Der Beitrag gipfelt letzendlich im positiven Bezug auf eine „demokratische Diktatur“ und einer kompletten Infragestellung unseres Grundgestzes.

Baring hat in seinen Beiträgen auch immer wieder die deutsche Ostgrenze in Frage stellt. So weist die Wochenzeitung „Freitag“, am 6. Dezember auf einen Artikel von Baring hin, den er 1990 für die Welt geschrieben habe. Dort benennt er „Ostdeutschland“ kurzerhand in „Mitteldeutschland“ um, da die „ostdeutschen Gebiete“ im heutigen Polen lägen und fährt fort: „Auf längere Sicht werden die Deutschen sich dieser Gebiete wieder erinnern. Es wird selbstverständlich nicht mehr die polnischen Namen zu benutzen, was eine Form von Sklavensprache ist, eine gehemmte, unfreie Untertanen-Mentalität zeigt.“ Auch beim „Tag der Heimat“ des „Bundes der Vertriebenen“ stieß er in das gleiche Horn, indem er im Beisein Gerhard Schröders erklärte: „Es ist übrigens sehr die Frage, ob wir gut daran getan haben, seither [seit der Wiedervereinigung] den Ausdruck „Ostdeutschland“ ausschließlich für die Gebiete zu verwenden, die vorher DDR waren.“

Weiter führt er aus: „Die Welt weiß alles, was die Deutschen getan haben, die Welt weiß nichts von dem, was den Deutschen angetan wurde.“ Und „Es ist und bleibt ein Jammer, dass wir Schlesien, Pommern und Ostpreußen [...] für immer verloren haben. Viele glauben, es sei zwischen uns und den Polen immer so mörderisch zugegangen wie in den ideologisch aufgehetzten Zeiten eines fanatischen Nationalismus. [...] Dabei war sie [die Ostgrenze] doch über Jahrhunderte hinweg eine der stabilsten im alten Europa.“ Das sagt ein Historiker, der wohl von polnischen Teilungen und der Auflösung des gesamten polnischen Staates noch nie etwas gehört hat. Auf diese Weise wird – obwohl immer wieder der Anschein einer Ausgewogenheit suggeriert wird – der Verlust der Deutschen in den Vordergrund gestellt, der Nationalsozialismus und der von ihm entfesselte Völkermord aber sekundär.

Das „Braunschweiger Bündnis gegen Rechts“ hat dazu aufgerufen, gegen diese Instrumentalisierung des Neujahrsempfanges öffentlich zu protestieren.

Quelle: indymedia, http://www.antifacafe.de.vu ■

Zunehmender Antisemitismus

Frankfurt. Die PDS-Fraktion im Frankfurter Römer möchte in einer Anfrage an den Magistrat Genaueres über rechtsextremistische, ausländerfeindliche und antisemitische Vorkommnisse in Frankfurt im Jahr 2002 wissen. Anlass ist eine Umfrage, die das Meinungsforschungsinstitut USUMA im Auftrag der Leipziger Universität im April 2002 durchgeführt hatte. Der Umfrage zu Folge hat der Antisemitismus im Westen Deutschlands in den letzten vier Jahren sehr stark zugenommen. So hatten z.B. 31% der westdeutschen Bevölkerung u.a. der Aussage zugestimmt „Auch heute noch ist der Einfluss der Juden zu groß“. 1998 waren es 14%. Der Aussage „Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns“ stimmten 22% der Westdeutschen zu (1998: 9%). Diese alarmierenden Zahlen machen deutlich – so Dr. Dähne von der PDS-Fraktion – , dass dem zunehmenden Antisemitismus auf allen staatlichen Ebenen entschieden entgegen getreten werden muss. Mit der 13 Punkte umfassenden Anfrage werden Informationen angefordert, die Gegenmaßnahmen unterstützen sollen.

www.pds-im-roemer.de ■

Anton Malloth gestorben

München. Der wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilte NS-Verbrecher Anton Malloth ist tot. Der ehemalige KZ-Aufseher erlag bereits am 31. Oktober im Alter von 90 Jahren einem Krebsleiden, wie das Bayerische Justizministerium am 13. Dezember mit einiger Verzögerung bekannt gab. Zehn Tage vorher war er wegen Haftunfähigkeit entlassen worden.

Malloth war im Mai 2001 vom Landgericht München des Mordes aus „abgrundtiefem Judenhass“ für schuldig befunden worden. Er war von 1940 bis 1945 Aufseher im Gestapo-Gefängnis „Kleine Festung“ von Theresienstadt und wegen seiner Grausamkeit bei den Häftlingen gefürchtet. Bereits 1948 war Malloth in Abwesenheit in der damaligen Tschechoslowakei zu lebenslanger Freiheitsstrafe verurteilt worden. Erst als er 1988 von Italien nach Deutschland abgeschoben wurde, wurden die Ermittlungen gegen ihn aufgenommen und ihm schließlich der Prozess gemacht.

Quelle: FR 14.12.02 - u.b. ■

Ochensberger wieder in Freiheit

Österreich. Der Vorarlberger Neonazi Walter Ochensberger wurde am 4. Dezember nach Verbüßung einer achtmonatigen Haftstrafe aufgrund von neuerlichen Verstößen gegen das NS-Verbotsgesetz aus der Justizanstalt Feldkirch entlassen. Schon in seinen Briefen „aus der politischen Gesinnungshaft“ hetzte er in gewohnter Manier gegen die angeblichen jüdischen oder zionistischen Weltherrschaftsambitionen. In einem Schreiben nach seiner Haftentlassung spricht Ochensberger nun auch vom „bedingungslosen Widerstand“ gegen die „Globalisierer“. Seine Zeitschrift Phoe-

Fortsetzung von Seite 1

Nur wenn jetzt der politische Druck auf die US-Regierung und ihre Verbündeten steigt, kann der Krieg gestoppt werden!

Deshalb hat das Europäische Sozialforum in Florenz für den 15. Februar 2003 zu einem Aktionstag gegen den Krieg aufgerufen, bei dem europaweit Millionen von Menschen demonstrieren werden. Wir fordern von der Bundesregierung alle politischen Mittel zu nutzen, um sich dem Krieg entgegen zu stellen. Wir fordern sie auf, ihrer Ablehnung des Krieges nun auch Taten folgen zu lassen und die Fuchs-Spürpanzer aus Kuwait sowie die Marineeinheiten aus der Golfregion abzuziehen und den beteiligten Armeen Überflugrechte und Infrastruktur für den Krieg zu verweigern. Jegliche Unterstützung eines solchen Angriffskriegs (z.B. durch AWACS) verstößt gegen deutsches und internationales Recht. Wir rufen alle Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auf:

- **Beteiligen Sie sich an den vielfältigen Aktionen überall im Land gegen den Krieg!**
- **Unterstützen Sie die Proteste gegen die Münchner „Sicherheitskonferenz" der Militärpolitiker und Rüstungsindustrie am 7./8. Februar 2003!**
- **Kommen Sie am 15. Februar zur bundesweiten Demonstration nach Berlin!**

Aufruf der Friedensbewegung ■

nix werde auch in Zukunft eine „geistige Waffe" darstellen, „die uns für jeden Tag, den wir noch erdulden müssen, stärkt für den größten und umfassendsten Befreiungskampf in der Menschheitsgeschichte".

Neues von Rechts - www.doew.at ■

Neonaziaufmarsch mit „Thor"-Umfeld am 13.2.03

DRESDEN. Am 10. Dezember 02 wurde den Betreibern des Neonazi-Haus „Thor" außerordentlich gekündigt. Der Besitzer der Immobilie setzte eine Auszugs-Frist zum 31. Dezember 02. Lange war es ruhig um die Dresdner Neonazis, die Neonazi-Anwälte legten Widerspruch ein und ein fröhliches Weihnachten und Sylvester zog vorbei. Wahrscheinlich dauert der Rechtsstreit um die außerordentliche Kündigung länger, als das „Thor" überhaupt gemietet ist. Bis Ende April 03 läuft der Vertrag, der bis Ende Januar 03 ordentlich gekündigt werden sollte. So heißt es erstmal: Sie sind noch drin im „Thor", ein paar kleine Monate lang.

Der Betrieb im „Thor" ging also weiter wie zuvor, wie üblich mit mäßig vielen aber überregionalen BesucherInnen. Am 21. Dezember 02 fand eine überregionale Neonazi-„Wintersonnenwendfeier" statt. Das „Thor" diente mal wieder als Treff und das „Thor"-Umfeld beteiligte sich auch organisatorisch.

Am 31. Dezember 02 gab es eine Art Sylvesterparty im „Thor" mit nur etwa 30 Neonazis: Zelte waren aufgestellt, um die Auflage, nicht mehr als 50 Leute ins „Thor" zu lassen, einzuhalten. Aber so viele waren es ja gar nicht, die ins „Thor" wollten.

Wie jedes Jahr steht nun der 13. Februar 03 an, die übliche Neonazi-Mobilisierung läuft. Um 18.30 Uhr ist Treff der Neonazis in der Innenstadt. Sven Hagendorf, Anti-Antifa-Kader und „Thor"-Mieter zeichnet verantwortlich (V.i.S.d.P.) für den Aufruf, der vergleichsweise harmlos mit „Gedenken an die Opfer des alliierten Bomben-Terrors" überschrieben ist. Der Formulierung „alliierter Bombenholocaust" wurde diesmal vermieden. Der geschichtsrevisionistische und Nazi-verherrlichende Charakter, die Opfer-Stilisierung ist trotzdem offensichtlich. Das „Thor", namentlich Ronny Thomas, stellt eine Kontakt-Handy-Nr. zur Verfügung. Die Anmeldung besorgt die neonazistische Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO), ein Rechts-Außen-Ableger der „Vertrie-

ARBEITER Info: FOTOGRAFIE www.arbeiterfotografie.com

Wuppertal dichtgemacht?!

Durch die Blockade von zwei Bahnsteigen am Oberbarmer Bahnhof in Wuppertal durch ca. 400 Leute verzögerte sich die für den 11.1.2003 angekündigte Demonstration der Neonazis, an der ca. 150 teilnahmen, um 1 1/2 Stunden. Sie konnten dann nur eine kurze Route durch Gewerbegebiet gehen. Ca. 1200 Polizisten waren zum Schutz der Faschisten aufgeboten worden. Als Polizei und BGS versuchten, den Bahnhof zu räumen, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Demonstranten wurden verletzt und viele festgenommen, ca. 60 eingekesselt. ■

benen-Verbände“, die, so unglaublich das klingt, Teile Polens wieder deutsch wollen. JLO und „Thor“ sind personell und organisatorisch verflochten.

Der Neonaziaufmarsch am 13. Februar 03 mit evtl. bis zu 1.000 TeilnehmerInnen und sonstige geschichtsrevisionistische Umtriebe in der abendlichen Innenstadt Dresdens werden antifaschistische Proteste hervorrufen.

Dresdner Kampagne gegen organisierte Neonazis,
phon: 0162 - 16 37 013
mail: info@thormussweg.de
http://www.thormussweg.de ■

Rechtspopulismus in Europa – eine gebändigte Gefahr?

6. Antifaschistische Sozialkonferenz, 1. Februar 2003, 9.30 - 15.30 Uhr
Haus der Gewerkschaft ver.di, (Hannover - Hildesheimer Str. 17)

Themen: Ökonomische und politische Wurzeln der europäischen Rechtsentwicklung, Ursachen der Wahlerfolge von Rechtspopulisten in Italien, Österreich und Frankreich, Konzepte und Ideen zum Widerstand gegen die europäische Rechtsentwicklung

Referenten: Joachim Bischoff, Zeitschrift „Sozialismus“, Prof. Dr. Heinz Bierbaum, Universität Saarbrücken, Heribert Schiedel, Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes, Dr. Jochen Steinhilber, Universität Berlin

Veranstalter: Arbeit und Leben Hannover, Bildungswerk ver.di Hannover, Ev.-luth. Industriepfarramt Hannover, Geschichtswerkstatt Hannover e.V., Gewerkschaftsjugend im DGB Hannover, IG Metall Hannover, VVN - Bund der AntifaschistInnen Hannover, 6 Euro/ ermäßigt 3,- (incl. Mittagsimbiss)

Anmeldung über: Arbeit und Leben, Arndtstr. 20, 30167 Hannover, Tel. 0511-12105 11, Fax 0511-12105 30, email: barbara.andreadou@arbeitundleben-nds.de

Naziaufmarsch am 8.2.03 in Chemnitz

Am 8. Februar wollen Nazis um C. Worch in Chemnitz eine Demonstration gegen die am Vortag eröffnete „Wehrmachtsausstellung“ durchführen. Dagegen sind verschiedene Aktivitäten geplant. Es wird eine Demonstration ab 10.00 Uhr vom AJZ Chemnitz, Chemnitztalstr. 54 in die Innenstadt stattfinden.

Für Rückfragen, Infos sowie Flyer, Plakate und Aufrufe wendet euch an ajz@ajz-chemnitz.de bzw. Tel. 0371/ 4498742. Am 8. Februar abends wird es im AJZ Chemnitz ein Konzert im Rahmen der GOOD NIGHT WHITE PRIDE - Kampagne geben. Zu hören sind Love & Hated (us), Nail, Six PoundGod (ex-SFOC), ShortAge.

Antifaschistische Aktion Chemnitz ■

Rassistischer Angriff – Täter jetzt vor Gericht

RUDOLSTADT. Am Dienstag, 7. Januar 2003 hat vor dem Amtsgericht in Rudolstadt der Prozess gegen insgesamt 4 Männer im Heranwachsendenalter begonnen. Zwei der Männer sind neben anderen Straftaten der gefährlichen Körperverletzung angeklagt.

Hintergrund sind die Ereignisse am Abend des 15. April 2002 in Saalfeld. Vor dem dortigen Bahnhof existierte bis in den Sommer des vergangenen Jahres ein Treffpunkt von rechtsorientierten Jugendlichen. Der 32-jährige Kameruner Bernhard S. befand sich auf dem Weg zu seinem Zug, als er von den zum Tatzeitpunkt stark angetrunkenen Christian S. und Max O. (beide 18 Jahre alt) angepöbelt, dann geschlagen und erheblich verletzt wurde. S. musste anschließend im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter ließen selbst dann noch nicht von ihm ab, als S. in einen nahe gelegenen Kiosk flüchten konnte und eine Streife des BGS am Tatort erschien. Für den Prozess sind insgesamt 4 Termine angesetzt.

Anlaufstelle für Betroffene von rechtsextremen und rassistischen Angriffen und Diskriminierungen (ABAD), Büro Erfurt, www.abad-th.de ■

„Wir hatten noch gar nicht angefangen zu leben ...“

WÜRZBURG. Günter Discher ist heute 77 Jahre alt und schon seit frühester Jugend ein Swing-Fan. Er legt noch heute in einem Tanzlokal im Hamburger Eimsbüttel die Platten auf, die ihn in seiner Jugend fast den Kragen gekostet hätten. Damals entzog er sich nach der Machtergreifung 1933 erfolgreich dem Dienst in der Hitlerjugend und umging auch den durch Naziverbote erschwerten Kauf von Jazzplatten. Er wurde zum Experten für den illegalen Plattenhandel. Durch Feldpostkarten von befreundeten Soldaten, die in den besetzten Ländern stationiert waren und dort Platten kaufen konnten, versorgte er sich mit den begehrten Scheiben. Er verkaufte sie an Freunde und an Tanzlokale in St. Pauli. Gestapo-Beamte verhafteten den damals 17jährigen und steckten ihn in das Jugend-Konzentrationslager Moringen.

Im Würzburger Friedrich-König-Gymnasium zeigt eine Ausstellung das Schicksal von Günter Discher und anderen Mitgliedern der Swing-Jugend. Günter Discher besuchte die Gymnasiasten, sprach über seine persönliche Vergangenheit und legte für die Jugendlichen seine Lieblingsplatten auf. Die Ausstellung dokumentiert das Leben von Inhaftierten in Moringen (für Jungen) und Uckermark (für Mädchen). Reinhard Heydrich, Chef der Sicherheitspolizei, hatte diese speziellen Lager für „verwahrloste Jugendliche“ initiiert.

Ab August 1940 wurden die ersten Jugendlichen ins KZ Moringen eingewiesen. In verschiedene Blocks: z.B. Block der „Untauglichen“, der „Dauerversager“ oder der „Stapo-Block, in dem politisch-oppositionelle Jugendliche wie die Swing-Jugend gefangen waren. Die Jugendlichen waren brachialer Gewalt ausgesetzt. Beschimpfungen, Strafen und Quälereien gehörten zur Tagesordnung. Die Arbeitskraft der Jugendlichen wurde bis zur völligen Erschöpfung ausgenutzt. In Moringen waren etwa 1400 Jugendliche inhaftiert, mindestens 10 Prozent von ihnen starben.

Der Reporter Wolfram Hanke hat sich mit Günter Discher und Würzburger Gymnasiasten unterhalten. Er hat Dietmar Sedlaczek, den Leiter der Gedenkstätte Moringen getroffen und Guido Fackler, einen Würzburger Historiker, der sich speziell mit dem Schicksal der Swing-Jugend beschäftigt hat, befragt.

Das einstündige Feature wird am 26. Januar auf Radio Bayern2 zwischen 12 und 13 Uhr gesendet. (UKW 93,1 für Schweinfurt, Rhön-Grabfeld, Hassberge)

Kommunale Berichte Schweinfurt 1/03 ■

Geldsammlung für ehemalige Zwangsarbeiter

AUGSBURG. Mit einer Veranstaltungsreihe wollen die beiden Initiativen zur Entschädigung von Zwangsarbeit aus Gersthofen und Augsburg das Thema Zwangsarbeit wieder ins Bewusstsein der Öffentlichkeit bringen und 50.000 Euro sammeln für die 500 noch lebenden ehemaligen ZwangsarbeiterInnen aus der Ukraine. Mitveranstalter sind das Paul-Klee-Gymnasium und die Magazine „friedberger“ und „gersthofer“. Am Freitag, den 28. Februar wird der Kabarettist Dieter Hildebrandt um 19 Uhr mit seinem Programm „Vater Unser – kurz nach der Werbung“ im Barbarasaal auftreten. Dr. Bernhard Lehmann, Lehrer der Klasse am Paul-Klee-Gymnasium, die durch ihre Erforschung von Zwangsarbeiter-Schicksalen in der Region schon viel Diskussionen in der Bevölkerung und Unterstützung von ZwangsarbeiterInnen organisieren konnte, kündigte an, dass nach der Hilde-brandt-Veranstaltung weitere mit vorwiegend Augsburger Künstlern folgen werden. Karten gibt es ab sofort an den bekannten Vorverkaufsstellen. Der Erlös geht ausnahmslos an ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Region Augsburg. *Quelle: Augsburger Allgemeine, 28.12.2002 - baf* ■

Vor 70 Jahren: 30. Januar 1933 – Niederlage mit tödlichem Ausgang

Nie wieder!
1933 – 2003

Konferenz antifaschistischer Initiativen, Organisationen und Bündnisse aus Nordrhein-Westfalen aus Anlass des 70. Jahrestages der Machtübertragung an Hitler am 1. Februar 2003, ab 11 Uhr, in Dortmund, Dietrich-Keuning-Haus, Nähe Hauptbahnhof Nordausgang.

„Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen"

Bundespräsident Richard v. Weizsäcker Rede im Bundestag 1985

Am 30. Januar 1933 wurde den Nazis in Deutschland die Macht übertragen. Deren Stimmanteil war seit 1928 von 2,7 % auf 33 % im Jahr 1932 explosionsartig gewachsen. Erst nachdem die NSDAP Stimmen verlor, drängte vor allem die Industrie auf einen „Reichskanzler Hitler". Schwerindustrie, Bankiers und die Wehrmacht waren die treibenden Kräfte.

Hitler an die Macht zu bringen, dazu bedurfte es keines Putsches. Die Eliten

der Weimarer Republik versprachen sich von ihm nicht zuletzt den zweiten Anlauf zur Weltherrschaft. Und der war nur über den Krieg zu bekommen. Schon vier Tage nach der Machtübertragung sprach Hitler mit den obersten Militärs und versprach ihnen „die Ausrottung des Marxismus" und die „Eroberung neuen Lebensraumes im Osten" sowie die „Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln", Ausbau der Wehrmacht und Wehrpflicht.

Zunächst aber hieß die Herrschaft der Nazis: Ausschaltung der politischen Gegner durch Terror. Zuerst die Kommunisten, dann die Gewerkschaften, dann die SPD und die anderen politischen Parteien und Organisationen, soweit sie sich nicht freiwillig in die Arme der NSDAP begeben hatten. Die Betroffenen hatten kaum oder zu spät die Kraft, gemeinsam gegen die Eliminierung der Demokratie zu kämpfen. Martin Niemöller sagte dazu später: Er habe geschwiegen, als die Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Juden abgeholt wurden, als man ihn holte, habe es niemanden mehr gegeben, der hätte aufschreien können.

Illusionen über die Dauer der Nazi-Herrschaft und über die Ausmaße des Terrors herrschten bei den Nazi-Gegnern vor. Die Nazis schafften es, ihre Gegner zu isolieren. Die Verfolgung und Einkerkerung der Kommunisten erfolgte unter Billigung, ja Zustimmung einer Mehrheit der nicht direkt Betroffenen. Die Eliminierung der einen Gruppe geriet so zur Voraussetzung der Zerschlagung der nächsten. Erst als alle Organisationen der Arbeiterbewegung, alle gegen den Krieg auftretenden Kräfte zerschlagen und ihre Mitglieder inhaftiert oder eingeschüchtert waren, konnte der letztlich in Auschwitz endende Antisemitismus der Nazis in die Tat umgesetzt werden.

„So haben Bündnis und Zusammenarbeit von Nationalsozialismus und konservativem Nationalismus offenbart, wie untüchtig und im Kern ausgebrannt dieser war. Keine gesellschaftliche Gruppe hat angesichts der von der Zeit geforderten Bewährungsprobe in ähnlichem Umfang versagt."

Joachim C. Fest, ehemaliger Mitherausgeber der FAZ

Hitler war kein „Betriebsunfall". Er war gewollt, seine Einsetzung geschah nach den Regeln der Weimarer Demokratie und er bediente seine Steigbügelhalter und deren Interessen. Diesen Zusammenhang zu verwischen ist die Aufgabe der sogenannten Totalitarismustheorie, wonach die Weimarer Republik durch „Extremisten von rechts und links" zerstört worden sei.

Carl von Ossietzky sagte am 16. 2. 1933: „Ich gehöre keiner Partei an. Ich habe nach allen Seiten gekämpft, mehr nach rechts, aber auch nach links. Heute jedoch sollten wir wissen, daß links von uns nur noch Verbündete stehen."

70 Jahre danach:

Der 30 Januar 2003 gibt uns Gelegenheit, innezuhalten, nachzudenken und gemeinsam zu diskutieren über die Lehren aus der Geschichte. Es steht kein Hitler vor der Tür. Trotzdem gilt es, für alle Zukunft auszuschließen, dass sich Ähnliches wiederholt. Und dafür müssen wir die Weichen stellen. Dafür lohnt es sich, die Geschichte des 30. Januars 1933 zu erforschen und daraus zu lernen: Nie wieder darf die Gefahr des Faschismus unterschätzt werden!

Auch die NSDAP entwickelte sich rasend schnell zu einer tödlichen Gefahr. Die niedrigen Wahlergebnisse von NPD, DVU, REPs u.a. dürfen uns nicht in Sicherheit wiegen. Das Potential für eine neofaschistische Partei ist da, es wendet sich bisher anderen Parteien zu oder bleibt den Urnen fern. Die Nazi-Schläger auf der Straße aber reihen Demonstration an Demonstration und erfreuen sich des Schutzes höchster deutscher Gerichte.

Nie wieder dürfen wir uns so entzweien lassen, dass Faschismus eine Chance hat!

Wir, die gegen die Nazis sind, wir waren und wir sind die Mehrheit. Aber selten erkennen wir, dass das Einigende wichtiger ist als das Trennende. Zu oft verwechseln wir die nötige kritische Diskussion untereinander mit Ausschließungsritualen.

Nie wieder dürfen wir es akzeptieren, dass Kapital, Militär und Eliten des Staates die Demokratie beschneiden, den Rassismus fördern, den Krieg vorbereiten, ja führen.

Faschismus an der Macht, das war der offene Terror. Faschismus als Bewegung ist die Bündelung von rassistischen, militaristischen Ideen und ihrer Träger. Wir kritisieren und bekämpfen deshalb die Ideologien, die der Faschismus sich zu eigen machte und die in den Eliten und der Gesellschaft weit über den Nazismus hinaus verbreitet waren und sind.

Wir sind heute in der Lage, ohne Hunger und ausgestattet mit einer großen Anzahl von Grundrechten unsere Haltungen, unsere Ideen zu propagieren. Kein Vergleich zur Unterdrückung nach 1933.

Nutzen wir diese Rechte offensiv. Seien wir aktive, kritische und auf Veränderung drängende Mitglieder dieser Gesellschaft. Kämpfen wir um jeden Zentimeter Freiheit, um gleichberechtigte Teilnahme aller hier lebenden Menschen an dieser Gesellschaft.

Mischen wir uns ein!

Unser Bundesland NRW ist zu einem Zentrum neonazistischer Gewalt geworden, aber auch zum Zentrum des subtilen Antisemitismus à la Möllemann und Rassismus nach dem Motto „Kinder statt Inder". Die Anschläge auf die Synagogen von Düsseldorf und Essen und den

nicht aufgeklärten Anschlag von Düsseldorf-Derendorf auf eine Gruppe jüdischer Flüchtlinge dürfen wir nicht vergessen. Immer wieder marschieren hier Nazi-Kameradschaften mit polizeilicher und justizieller Genehmigung auf. In Bochum, Dortmund, Voerde und vielen anderen Städten und Gemeinden machen sich Nazischläger breit.

Lasst uns beraten, was dagegen zu tun ist.

1933 mahnt. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus.

Wir rufen auf zur Landeskonferenz der antifaschistischen Initiativen, Organisationen und Bündnisse am 1. Februar 2003, ab 11 Uhr, in Dortmund, Dietrich-Keuning-Haus, Nähe Hauptbahnhof Nordausgang

Koordinierungsgruppe für die Antifaschistischen Landeskonferenzen, gez. Kurt Heiler
Landesausschuß der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten, gez. Josef Angenfort, Ulrich Sander, Jochen Vogler
Bündnis „Dortmund gegen Rechts"
Attac Dortmund ■

(Weitere Unterzeichnerinnen und Unterzeichner/ und Org. erwünscht.)

Zum Ablauf der Konferenz:

11 Uhr PLENUM
Eröffnung durch Herrn Oberbürgermeister (angefragt)
Referat von Ulla Jelpke, Berlin
Publizistin, Rechtsextremismus-Expertin
„70 Jahre danach – Erinnern für die Zukunft"

PODIUMSDISKUSSION
- Mit Heinz Junge, Zeitzeuge der antifaschistischen Kämpfe um 1932/33 in Dortmund und antifaschistischer Widerstandskämpfer,
- mit Maria Wachter, Teilnehmerin am Protest der Jugend gegen das Treffen Hitlers mit der Wirtschaft im Industrieclub Düsseldorf 1932, antifaschistische Widerstandskämpferin,
- und mit dem Dortmunder Zeitzeugen Valentin Frank (erlebte die Judenverfolgung mit).

13 Uhr MITTAGSPAUSE – Danach Arbeitsgruppen

1. Thema
„Was wurde aus ‚Nie wieder Krieg'? – Deutscher Militarismus von 1933 bis zur Enttabuierung des Militärischen heute"
mit Wolfgang Dominik, Bochum, und Stefan Stracke, Historiker aus Wuppertal
Excursion: Die Wehrmachtsausstellung in Dortmund und die Auseinandersetzung mit den Verbrechern aus der Wehrmacht

2. Thema
„Neofaschismus – Chancen und Schwierigkeiten der Gegenkräfte"
mit Ulla Jelpke und Hajo Koch, Dortmund.
Es wirken mit: Vertreter des Bündnisses der Polizeikessel-Opfer.

3. Thema
„Was tun gegen den Antisemitismus hier und heute?"
mit Vertretern des DISS, Duisburg

Über die AGs wird anschließend im Plenum berichtet.
Pastor Hanno May aus Dortmund hält das Schlusswort (ca. 18 Uhr).

Kontakt über:
VVN-BdA NRW, Gathe 55, 42107 Wuppertal, Tel./Fax 0202-450629
email: vvn-bdanrw@freenet.de

Friedensaktivisten um Konstantin Wecker zu Irak-Besuch gestartet

Eine elfköpfige Friedensdelegation um den Liedermacher Konstantin Wecker ist zu einer zehntägigen Reise in den Irak aufgebrochen. „Wir möchten den Menschen in Deutschland berichten, was wir dort gesehen haben, und für den Frieden werben", sagte Wecker vor seinem Abflug am Frankfurter Flughafen. Außerdem solle der irakischen Bevölkerung gezeigt werden, dass es „auch westliche Menschen gibt, die keine Waffeninspekteure sind und misstrauisch die Iraker beäugen".

Die Reise sei „kein Solidaritätsbesuch für Saddam Hussein", betonte Heike Hänsel von der Tübinger Gesellschaft „Kultur des Friedens", die die Reise organisiert hat. Sie hätten schon die Möglichkeit, klare Aussagen gegen das Regime zu machen. In die Innenpolitik des Landes wolle man sich aber nicht einmischen.

So stünden auf dem Besuchsprogramm keine Treffen mit Politikern – abgesehen von einem Gespräch mit dem irakischen Gesundheitsminister über die Auswirkungen des Wirtschaftsembargos. Treffen mit Oppositionsgruppen seien nicht vorgesehen. Geplant seien Treffen mit irakischen Musikern und Besuche in Kliniken und Kultureinrichtungen.

Im Gepäck hat die aus Ärzten, Journalisten und Künstlern bestehende Gruppe unter anderem Gitarren und einen Koffer Spielzeug, das Wecker seinen „Söhnen abgeknöpft" hat. Nach einem eineinhalbtägigen Aufenthalt in Amman (Jordanien) fliegt die Delegation am Dienstag weiter nach Bagdad. Ihre Rückkehr nach Deutschland ist für den 15. Januar geplant.

PM, Kultur des Friedens, Frederico Elwing, www.culture-of-peace.de ■

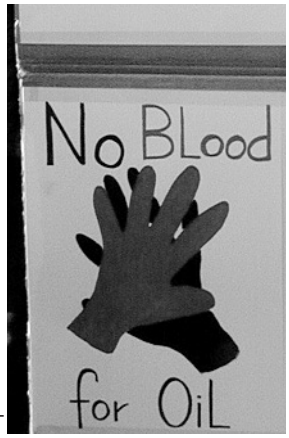
Internationale Konferenz Alternativen zu Krieg und Gewalt, Sonntag, 19. Januar 2003 im Gewerkschaftshaus Frankfurt am Main

10.30 Uhr Eröffnung und Begrüßung durch Stefan Körzell, Vorsitzender DGB Hessen,10.45 - 13.00 Uhr Vorträge im Plenum
- Hans von Sponeck, ehem. UN-Koordinator im Irak: Wirtschaftliche und gesellschaftliche Folgen von Krieg und Embargo im Irak
- Prof. Dr. Frank Deppe, Marburg: Krieg als neue politische Normalität
- Titi di Salvo, Intern. Sekretariat der Gewerkschaft CGIL, Rom: Gerechtigkeit schafft dauerhaften Frieden
- Prof. Dr. Gerd Stuby, Bremen: Juristische Probleme des Krieges und der Kriegsbeteiligung

Moderation: Harald Fiedler, DGB-Regionsvorsitzender Frankfurt-Rhein-Main

13.30 -16.30 Uhr Folgerungen für die Gewerkschaften
- Eckart Spoo, Redaktion Ossietzki, Berlin: Die Medien und der Krieg
- Jochen Nagel, Vorsitzender GEW-Hessen: Bildung in Zeiten von Terror und Krieg,
- Horst Schmitthenner, Vorstand IG Metall: Das Schweigen der Gewerkschaften soll aufhören
- Dr. Peter Strutynski, Bundesausschuss Friedensratschlag: Perspektiven der Friedensbewegung
- Sabine Leidig, Geschäftsführerin attac: Soziale Gerechtigkeit statt neoliberaler Globalisierung

Moderation: Anne Rieger, IG Metall Waiblingen, Gewerkschaftliches Netzwerk gegen den Krieg, Hans Kroha, stellvertr. Vorsitzender Ver.di-Hessen



16.30 -17.00 Uhr Chancen für Frieden und Abrüstung
Schlusswort – Aufruf zum Frieden: Sybille Stamm, Vorsitzende Ver.di - Baden Württemberg, Gewerkschaftliches Netzwerk gegen den Krieg, Vertreter/in der US-amerikanischen Friedensbewegung „Not in our name"

Veranstalter: DGB Landesbezirk Hessen-Thüringen, DGB Region Frankfurt-Rhein-Main, Ver.di Hessen, IG Metall Frankfurt, Gewerkschaft NGG Hessen und Rheinland Pfalz, GEW-Hessen, Gewerkschaftliches Netzwerk gegen den Krieg, Initiative für einen Politikwechsel

Alle Foren finden im Plenum statt.

Firmenarchive öffnen!

Eigentlich begann dieses Projekt 1999 mit dem Fund eines Schuhkartons gefüllt mit Firmen-ausweisen. Damals waren Mitarbeiter des Bundesverbandes Information & Beratung für NS-Verfolgte mit dem ukrainischen Zwangsarbeiter Simeon Pivovarov unterwegs im Sauerland zu den Stätten seiner Zwangsarbeit. Im Anschluss an einen Vortrag kam ein junges Mädchen zu Lothar Evers vom Bundeverband und erzählte ihm von dem Pappkarton mit den Ausweisen ehemaliger Zwangsarbeiter.

Ab diesem Zeitpunkt war klar, dass unzählige Nachweisdokumente ehemaliger NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als verborgene oder ungehobene Schätze in Kellern oder Abstellräumen liegen. Diese Erkenntnis wurde besonders wichtig, nachdem sich im Zuge der Antragstellung an die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ herausstellte, dass der Internationale Suchdienst in Bad Arolsen nur für ca. ein Drittel der Antragsteller Nachweisdokumente besitzt. Umso bedeutender war die Verankerung des Auskunftsrechts den ehemaligen Arbeitgebern gegenüber. Doch allein dadurch, dass dieses Recht im Stiftungsgesetz versichert wurde, waren die Firmenunterlagen noch nicht gesichtet und den NS-Zwangsarbeitern zugänglich. Viele kleine und mittelständische Firmen hatten selbst bei gutem Willen nicht ausreichend Personal, um in ihren Kellern nach den benötigten Unterlagen zu suchen. Nachdem der Plan, sie dabei ehrenamtlich zu unterstützen, scheiterte, begannen am 1. Mai 2002 drei ABM-Kräfte mit der Arbeit. Die Suche war vorläufig auf Nordrhein-Westfalen beschränkt. Titel der Maßnahme: „Erschließung von Archivalien bei kleinen und mittelständischen Unternehmen“. Seit dem 1.10.2002 hat die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ Mittel für eine personelle Ausweitung bewilligt und das Projekt recherchiert nun bundesweit.

Zu Beginn des Projekts haben sich die Mitarbeiter alle negativen Fälle aus dem Archivverbund im Verteilzentrum in Köln herausgesucht, soweit sie Angaben zu Firmen oder Arbeit enthielten. Seit Mitte Juni bekommen sie die Anfragen direkt ‚online‘ zugewiesen. Die Historikerinnen und Archivare recherchieren aus oft kryptischen Angaben der Antragsteller erst den Firmennamen. Viele Betroffene können nur noch die Arbeit und das Umfeld beschreiben. Oft wurde die genaue Bezeichnung der Firma vor den Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern geheimgehalten. Wenn die Firma eindeutig identifiziert werden kann, suchen die Kollegen nach dem Rechtsnachfolger. Wer ist heute zuständig, haben sie noch alte Unterlagen, sind sie bereit, mit uns zu kooperieren? Die Mitarbeiter verschicken standardisierte Schreiben mit leicht zu beantwortenden Rückantwortbögen.

Im November hatten sie bereits 350 Firmen angeschrieben. Davon hatten 150 keinerlei alte Dokumente und 100 haben positiv reagiert. Bis heute konnten für 45 Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter die dringend benötigten Nachweis-Unterlagen beschafft werden.

„Die Kooperationsbereitschaft der kleinen und mittelständischen Firmen ist sehr viel höher, als ich persönlich angenommen habe“, berichtet Dr. Jost Rebentisch, der Leiter des Projekts. Als Beispiel dafür erzählte er die Geschichte einer Bäckerei im Ruhrgebiet. Sie existiert bis heute als Familienbetrieb, hat jedoch über die Zwangsarbeit keine Nachweisdokumente mehr. Um dem anfragenden Zwangsarbeiter dennoch weiterhelfen zu können, schickten sie jedoch ein Foto, auf dem ihre Vorfahren gemeinsam mit dem Zwangsarbeiter abgebildet sind. So etwas reicht in der Regel als Nachweis.

Auch eine alte Dame aus dem Bergischen Land war sehr hilfreich. Mit ihren 88 Jahren konnte sich die ehemalige Inhaberin einer Kugelfabrik noch gut erinnern, dass ihr Betrieb in der Zeit des Nationalsozialismus etliche Zwangsarbeiterinnen aus der Ukraine beschäftigte. Sie bestätigte alle Angaben der anfragenden ukrainischen Zwangsarbeiterin und konnte so den Nachweis liefern.

Um die Suche nach Nachweisdokumenten noch effektiver und schneller zu gestalten, werden in den nächsten Monaten noch etliche Firmenarchive gehoben, für die z.Zt. noch keine Nachfragen bestehen. Mitarbeiter des Internationalen Suchdienstes verfilmen die Unterlagen auf Mikrofilm und nehmen sie in ihre Bestände auf.

Dr. Rebentisch arbeitet zusätzlich noch in diesem Jahr ehrenamtliche Mitarbeiter in diese Arbeit ein, denn die Zeit drängt für die NS-Zwangsarbeiter und die Anfragen nehmen zu.

Das Firmenrechercheprojekt ist zu erreichen: Dr. Jost Rebentisch 0221-17 92 94-23 (rebentisch@nsberatung.de)
Sabrina Mühlbauer (muehlbauer@nsberatung.de) ■

überleben...

G 54923 Nr. 4 Dezember 2002

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

ich freue mich, Ihnen zum Jahreswechsel die vierte Ausgabe von „überleben...“ vorlegen zu können.

Auch dieses Heft stellt Ihnen Menschen vor, die uns tief beeindruckt haben. Der Auschwitz-Überlebende, der uns auf seiner Kaddischreise in Köln besuchte. Der ehemalige Justizminister in Nordrhein-Westfalen und Kuratoriumsmitglied der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“, Diether Posser, der mit achtzig Jahren seinen „Unruhestand“ dazu nutzt, die Geschichten von in der NS-Zeit verfolgten Künstlern zu erzählen. Und auch unsere neuen Vorstandsmitglieder stellen sich in dieser Ausgabe kurz vor.

Mit etwas Stolz präsentieren wir Ihnen unser „jüngstes Kind“, das Projekt, das die Firmenarchive öffnet. Eine weitere Maßnahme, Nachweisdokumente für die ehemaligen NS-Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aufzuspüren. Und Ihnen damit den Weg zu der lange erhofften Entschädigung zu bahnen.

Doch nach wie vor dauert das lange Warten der ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter an. Diese Verzögerung macht uns vielleicht zur Zeit am meisten Sorgen. Wir erleben täglich, wie resigniert und enttäuscht viele Überlebende der NS-Zwangsarbeit sind. Manche von ihnen haben den Glauben an die Entschädigung gänzlich verloren.

Besonders für die Antragstellerinnen und Antragsteller der IOM (Inter-

Fortsetzung Seite 2

Sonja Schlegel

Foto: Manfred Linke

Salomon Schick auf Kaddisch-reise

Ein Stein für den toten kleinen Bruder

Mitten im August rief Salomon Schick aus Florida im Bundesverband Information und Beratung für NS-Verfolgte in Köln an. Die Telefonnummer hatte er von seinem Sachbearbeiter beim Amt für Wiedergutmachung in Saarburg erhalten. Seit 1981 zahlt ihm diese Stelle eine Rente nach dem Bundesentschädigungsgesetz für seine Gesundheitsschäden. Herr Schick suchte Unterstützung. Schon seit vielen Jahren hatte er den Wunsch, erstmalig seit seiner Auswanderung in die USA 1946, nach Europa zurückzukehren. Es hatte ihm jedoch immer am Reisegeld gefehlt. Nun hatte er von einem Freund den Flug von Florida nach Amsterdam geschenkt bekommen, und die Reise wurde zur Realität.

Telefonisch erzählte er dem Berater des Bundesverbandes, Michael Teupen, in kurzen Zügen sein Verfolgungsschicksal. Von 114 Familienangehörigen haben – mit ihm – nur drei überlebt. Immer schon wollte er an dem Leidensstationen seiner Familie nach jüdischer Tradition Kaddisch sprechen und einen Stein niederlegen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Bundesverbandes beschlossen die Kaddischreise von Herrn Schick zu unterstützen. Es folgten einige Telefonate, hauptsächlich mit der Gedenkstätte Dachau. Gemeinsam fand man Wege, Herrn Schick bei seiner Reise zu begleiten.

Salomon Schick war von dieser positiven Nachricht sehr ergriffen und beschloss spontan, auch dem Bundesverband in Köln einen Besuch abzustatten. Am 11. September 2002 traf er in Amsterdam ein. Herr Schick war von der langen Flugreise gesundheitlich sehr mitgenommen.

1924 als Sohn eines sechsfachen Juden und einer nicht jüdischen Österreicherin geboren, wurde er 1942 im Alter von 18 Jahren aus der elterlichen Wohnung abgeholt.

→Seite 2

BUNDESVERBAND INFORMATION & BERATUNG FÜR NS-VERFOLGTE

„Überleben...“ Nr. 4 erschien im Dezember 2002 mit Beiträgen aus der Arbeit der „Infomation & Beratung für NS-Verfolgte“, Holweider Str. 13-15 , 51065 Köln, email: info@nsberatung.de

Vor wenigen Monaten kam es im Prager Parlament trotz Wahlkampf zu einer überraschend einmütigen Entschließung, getragen von allen Fraktionen im Parlament, den Konservativen bis zu den Kommunisten. Einstimmig bestätigte man, dass die so genannten „Beneš-Dekrete“ als Bestandteil der unveränderlichen Rechtsordnung der Tschechischen Republik anzusehen seien.

In der aktuellen Diskussion der Sudetendeutschen Landsmannschaft werden immer wieder diese „Beneš-Dekrete“ als Haupthindernis für die Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union ins Feld geführt. Erst wenn sie aufgehoben seien, dürfe eine Aufnahme in die Gemeinschaft rechtsstaatlicher Länder erfolgen, propagieren Posselt, Steinbach und andere Vertriebenenfunktionäre.

Erinnern Verdrängen Vergessen

Neuerscheinung

Anhand der aktuellen Auseinandersetzungen arbeiten die Autoren die unterschiedlichen Optionen der Geschichtspolitik heraus und zeigen mögliche Wege in die Zukunft auf. Die jüngeren Debatten über die deutsche Vergangenheit werden dabei ebenso analysiert, wie verschiedene theoretische Aspekte aus dem politischen, soziologischen, psychologischen und historischen Bereich zur Sprache kommen.

Michael Klundt/Samuel Salzborn/
Marc Schwietring/Gerd Wiegel:
Erinnern, verdrängen, vergessen.
Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert
180 S., ISBN 3-00-010741-X, 10 €

Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation
mail@nbkk.de
http://www.nbkk.de

Anfang Februar erscheint von Michael Klundt, Samuel Salzborn, Marc Schwietring und Gerd Wiegel das Buch „Erinnern, verdrängen, vergessen. Geschichtspolitische Wege ins 21. Jahrhundert.“ In dem Band werden sämtliche geschichtspolitischen Kontroversen jüngeren Datums analysiert und eingeordnet – unter anderem der neue deutsche Opferdiskurs, der Streit um die antisemitischen Invektiven Walsers und Möllemanns und die Entwicklungen in der deutschen Gedenk(stät-ten)kultur.

Netzwerk für politische Bildung, Kultur und Kommunikation: Giessen 2003, 180 Seiten, 10 Euro

Am 16.11.2002 fand ein deutsch-tschechiches Seminar auf Einladung der Regionalorganisation des Klubs der tschechischen Grenzgebiete und des Landesverbands Bayern der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten in Domaplice statt. In einem Sonderdruck der Deutsch-Tschechischen Nachrichten wurden die Beiträge veröffentlicht. Wir dokumentieren daraus den schriftlichen Beitrag von Dr. Ulrich Scheider, Historiker, Bundessprecher der VVN-BdA, der sich mit dem geschichtlichen Hintergrund der sog. Beneš -Dekrete auseinandersetzt. Der Sonderdruck ist über die DTN-Redaktion, Renate Hennecke, Schwanthalerstr. 139, Rgb., 80339 München zu beziehen.

Die „Beneš-Dekrete“ – ein geeignetes Streitobjekt der Geschichte?

Doch in der Diskussion und vor allem in der aufgeregten Debatte in den Leserbriefspalten der Tagespresse wurde deutlich, dass über die Dekrete selber sowie ihre Geschichte weitgehend Unkenntnis herrscht. Daher ist es für eine historische Betrachtungsweise von großer Bedeutung, die Entstehungsbedingungen und die historischen Voraussetzungen genauer zu betrachten.

Es führt kein Weg daran vorbei, die Voraussetzungen für diese Entwicklungen in den 30-er Jahren zu suchen. Als Stichworte sind dabei u.a. zu nennen: die Zuspitzung der Irridenta-Bewegung, d.h. die Loslösungsbestrebungen der Sudetendeutschen von der CSSR, sowie Henlein und seine Sudetendeutsche Partei als Kollaborateure mit Hitler-Deutschland. Und während in Prag und anderen Städten der Tschechoslowakei deutsche Antifaschisten im Exil lebten und hofften, dem faschistischen Terror entkommen zu sein, arbeiteten die Sudetendeutschen Freikorps an einer politischen Destabilisierung, die letztlich die Voraussetzung für die Konferenz der faschistischen Staaten Deutschland und Italien mit England und Frankreich im September 1938 war, auf der das „Münchener Diktat“, ein Vertrag zu Lasten Dritter ohne Beteiligung des Betroffenen, verabschiedet wurde.

Die militärische Umsetzung dieses Freibriefes ab Anfang Oktober 1938, die damit verbundene Germanisierung, d.h. die Vertreibung tschechischer Staatsbürger, der Raub jüdischen Eigentums im Sudetengebiet und die Verfolgung deutscher Antifaschisten machten vor aller Welt deutlich, dass dieses Diktat kein Beitrag zur Friedenslösung war, sondern ein Schritt zur Durchsetzung der weiteren Expansionspolitik, was sich im März 1939 bereits in der militärischen Zerschlagung der „Rest-Tschechei“, wie es im Nazi-Jargon hieß, dokumentierte.

Der gewählte Staatspräsident Edvard Beneš war am 5.10.1938 zurückgetreten und hatte die CSSR in Richtung Paris verlassen. Nachdem mit der Zerschlagung des Staatsgebietes im März 1939 und der Kapitulation der Regierung in Prag de facto keine legitimierte Vertretung der unabhängigen CSSR mehr existierte, setzte Beneš sich durch die Wiederaufnahme des Präsidentenamtes für einen juristischen Fortbestand der CSSR ein. 1940 floh er nach der Besetzung Frankreichs ins Londoner Exil, wo er versuchte, an der Spitze einer Exilregierung politisch die Interessen des okkupierten Staates zu verteidigen.

Interessant war die Haltung der ebenfalls nach London emigrierten sudetendeutschen Sozialdemokraten (Wenzel Jaksch). Sie waren nicht bereit, sich mit der Exilregierung auf eine gemeinsame Neuordnung zu verständigen. Jaksch forderte auch im englischen Exil weiterhin Sonderrechte für Sudetendeutsche in einem künftigen Tschechoslowakischen Staatenbund, bis hin zur Freistellung vom Militärdienst. All das führte nicht dazu, dass die tschechische Seite sich gegenüber diesen deutschen Vorschlägen besonders offen zeigte.

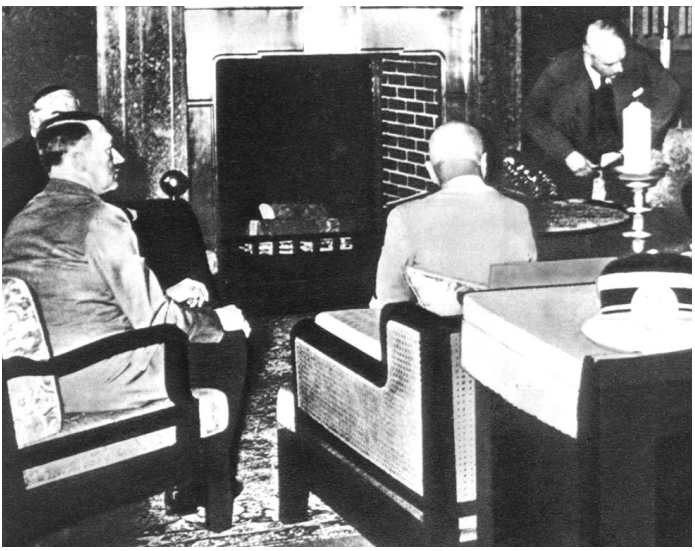
Die Haltung Großbritanniens gegenüber der Exilregierung war anfangs wenig kooperativ. Zwar wurden am 21. Juli 1940 Beneš und sein Kabinett als „provisorische tschechoslowakische Staatseinrichtung“ anerkannt, doch war man noch nicht so weit, von den Grundannahmen des Münchener Diktates, das heißt der Abtrennung von Territorien aus dem tschechoslowakischen Staatenbund, abzurücken.

Erst im Verlauf des Krieges, als deutlich wurde, dass ein Agreement mit dem faschistischen Deutschland nicht zustande kommen würde, mehr noch, dieses Deutschland auch Großbritannien militärisch bedrohte, veränderte sich die Haltung der britischen Regierung gegenüber Beneš und der Exilregierung.

Im Juli 1941 wurde die Exilregierung durch die UdSSR und die USA offiziell anerkannt. Mit dieser Anerkennung wurde sie auch veranlasst, einen eigenen Beitrag zum Kampf der Anti-Hitler-Koalition zu leisten. Die Exil-Regierung forderte die tschechischen Staatsbürger, die ebenfalls im Exil waren, auf, sich den Armeen der Anti-Hitler-Koalition anzuschließen. So bildeten sich unter tschechischer Leitung verschiedene Armee-Einheiten, die bei den sowjetischen Streitkräften und den amerikanischen und britischen Truppen aktiv in Kämpfe eingriffen. Die Exilregierung unterstützte

auch den antifaschistischen Widerstand im Land selber, wobei sicherlich die spektakulärste Aktion das erfolgreiche Attentat auf den stellvertretenden Reichsprotektor des „Protektorats Böhmen und Mähren“, Reinhard Heydrich, war. Die blutige Vergeltung der faschistischen Okkupanten durch die Massaker von Lidice und Leþaky verstärkten die Verbundenheit der tschechischen Bevölkerung mit der Exilregierung.

Da auf Grund der Kriegssituation nur einzelne Vertreter der ehemaligen tschechoslowakischen Regierung und vor allem des Parlamentes in London anwesend waren, konnte die Exil-Regierung Verordnungen, Gesetze oder andere Erlasse nur vorläufig und qua Amt erlassen. Sie musste beispielsweise Fragen entscheiden, die nach der Verfassung allein



Münchner Konferenz (v.l.n.r.): Chamberlain, Hitler, Mussolini, v. Ribbentrop

dem Parlament vorbehalten waren. Um sich in dieser Situation der Abwesenheit einer „normalen“ parlamentarischen Tätigkeit nicht selbst zu blockieren, entschied die Exilregierung, alle Verordnungen und Gesetze als Dekrete des Präsidenten herauszugeben. Festgelegt wurde in dem Zusammenhang, wie es im Dekret Nr. 2 „über die vorläufige Gesetzgebung“ hieß, dass diese Erlasse nach dem Ende der Okkupation des tschechoslowakischen Territoriums durch ein wieder rechtmäßig zusammengetretenes Parlament nachträglich zu billigen seien, was auch geschah.

Die Zeit der Dekrete kann daher für den Zeitraum vom 21. Juli 1940, der Gründung der Exilregierung, bis zum 27. Oktober 1945 bestimmt werden. Am 28. Oktober 1945 tagte zum ersten Mal wieder das Parlament. Mit Beschluss vom 28. März 1946 billigte es die vorangegangenen Erlasse.

Auf dieser Basis begann die Exilregierung 1941 mit ihrer recht umfangreichen Regelung von Tagesfragen und Aufgaben, die sich auch mit der zukünftigen Nachkriegsordnung befassten. So entstanden insgesamt 143 Dekrete und Verfassungsgesetze, wobei nur 45 Dekrete im Exil beschlossen wurden, die restlichen 98 Verordnungen wurden bereits auf den am 2. April 1945 befreiten tschechoslowakischen Gebieten beschlossen.

In den ersten Dekreten wurden vor allem die Rechtsstellung der Exilregierung und der tschechoslowakischen Staatsbürger in der Zeit der Okkupation geklärt, dazu gehörte beispielsweise die Frage des Militärdienstes in den Reihen der Anti-Hitler-Koalition. Mit der Übernahme der Regierungsverantwortung auf dem befreiten Territorium wurde es auch notwendig, Fragen der Ordnung der Nachkriegsverhältnisse, von Rechtsstellungen bis zu monetären Angelegenheiten, im Wege der Dekrete vorläufig zu regeln. Alles dies ist in den „Beneš-Dekreten“ geregelt worden, nicht jedoch die Frage der Aus- und Umsiedlung oder Vertreibung der deutschen Bevölkerung.

Diese Frage konnte gar nicht durch die Exil-Regierung entschieden werden, da Bevölkerungsverschiebungen und territoriale Neuordnungen unmittelbar mit der Kriegsziel-Definition der alliierten Großmächte verbunden waren.

Natürlich hat sich die Exilregierung unter Edvard Beneš in diese Entscheidungsfindung eingemischt. Bekannt sind mehrere Verhandlungsrunden, in denen die tschechische Seite vor allem gegen-über der britischen Regierung ihre Vorstellungen für ein zukünftiges Zusam-menleben unterschiedlicher Nationalitäten in der wiederherzustellenden Tschechoslowakei entwickelte. Dass es dabei im Verlauf des Krieges Veränderungen in der britischen Haltung gab, bevor die Alliierten gemeinsam die Rechtsungültigkeit des Münchener Diktates anerkannten, ist bekannt. Aber schon am 6. Juli 1942 hatte das britische Kabinett in einem Grundsatzbeschluss sich für einen „Transfer deutscher Minderheiten aus Ostmitteleuropa“ ausgesprochen.

Um es nicht allein bei Grundsatzerklärungen zu belassen, legte die tschechoslowakische Exilregierung ihre Vorstellungen in verschiedenen Memoranden nieder. Die präzisesten Vorstellungen wurden im Memorandum vom 23. November 1944 formuliert, die letztlich auch die Grundlage für die alliierten Beschlüsse auf der Potsdamer Konferenz bildeten. In diesem Memorandum heißt es in einer Zusammenfassung:

„1. Nach den Erfahrungen der Zeit zwischen den beiden Kriegen und ganz besonders nach dem beispiellosen barbarischen Vorgehen der Deutschen gegen das tschechische Volk während dieses Krieges ist es undenkbar, dass die Situation so, wie sie für die deutsche Minderheit in der Tschechoslowakei vor München war, fortbestehen sollte.

2. In der tschechoslowakischen Republik kann es zu einer eindeutigen Klärung der deutschen (und in ähnlicher Weise, der Magyaren-) Frage nur kommen, wenn die Zahl der Deutschen in der tschechoslowakischen Republik radikal auf ein Maß reduziert wird, das keinerlei bedrohliche Auswirkungen auf den tschechoslowakischen Staat und das Volk hat und schließlich zu einer Verschmelzung mit dem letztgenannten führt. (...)

4. Um diese Ziele zu erreichen, wird eine Umsiedlung von Deutschen (natürlich einschließlich aller illoyalen Elemente) vorgeschlagen, so dass nicht mehr als 800.000 in der Tschechoslowakei verbleiben. (Was die Magyaren betrifft, so kann das Problem weitgehend durch einen Austausch der Bevölkerung gelöst werden.)

5. Die Umsiedlung muss unter Berücksichtigung bestimmter Richtlinien von statten gehen und in der kürzestmöglichen Zeit, d.h. innerhalb von etwa zwei Jahren. Der kurze Zeitraum und eine reibungslose Organisation wird die Not der Umzusiedelnden auf ein Minimum reduzieren ...“ (Wochenschau, Nachbar Tschechien, S. 214/215)

Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurde im Abschnitt XIII ausgehend von solchen Überlegungen wörtlich anerkannt, „dass die Überführung der deutschen Bevölkerung oder Bestandteile derselben, die in Polen, Tschechoslowakei und Ungarn zurückgeblieben sind, nach Deutschland durchgeführt werden muss“. (Das Potsdamer Abkommen, Amtlicher Text)

Dabei hatten sich die politischen Bedingungen in der CSSR zwischen November 1944 und August 1945 bereits grundlegend gewandelt. Ende 1944 begann die erste antifaschistisch legitimierte Vertretung auf dem befreiten Boden der ehemaligen CSSR im Raum Košice (heute Slowakische Republik) zu arbeiten. Hauptaufgabe dieser Kräfte war es jedoch, auf dem befreiten Gebiet neue antifaschistisch-demokratische Verwaltungsstrukturen zu schaffen. Zu dieser Gruppe stieß Edvard Beneš Anfang April 1945 aus dem englischen Exil. Dabei stieß der Aufbau der neuen Strukturen auf zwei grundlegende Schwierigkeiten.

Zum einen waren auf Grund der Frontentwicklungen Böhmen und Mähren Auffanggebiete für zahllose deutsche Flüchtlinge aus Schlesien und Sachsen, die jedoch keine Zukunft in der neu zu bildenden CSSR haben würden. Sie sollten möglichst schnell wieder aus dem Land hinausgedrängt werden, um über-

haupt eine neue Staatlichkeit aufbauen zu können. Zweitens entwickelte sich im März/April 1945 die Region zum Rückzugsraum für die faschistischen Truppenverbände von Wehrmacht und SS. Verbunden mit der Illusion, mit den Westalliierten einen Separatfrieden schließen zu können, der in einen gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus münden sollte, wurde zum einen dem Vormarsch der sowjetischen Truppen entschiedener Widerstand entgegengesetzt, zum anderen in den rückwärtigen Räumen komplette Truppenverbände zusammengehalten, die hätten weiterkämpfen können.

Es bedurfte daher großer Anstrengungen der sowjetischen und westalliierten Truppen sowie des Handelns der tschechischen Antifaschisten selber, die am 5. Mai den Aufstand von Prag organisierten und dazu beitrugen, die Okkupanten vom Territorium der CSSR zu vertreiben. So endeten die Kampfhandlungen in der CSSR auch erst am 9. Mai 1945, und erst am 11. Mai 1945 war es möglich, die neue gemeinsame Tschechoslowakische Regierung der „Nationalen Front der Tschechen und Slowaken“ gemeinsam mit Beneš und Vertretern des politischen Widerstandes zu etablieren.

Das Fehlen von staatlichen Ordnungskräften in den befreiten Gebieten führte dazu, dass sich die Wut der tschechischen Bevölkerung über das in den Jahren der Okkupation erlittene Unrecht in den ersten Wochen nach dem Ende der Kampfhandlungen in spontanen Massenvertreibungen besonders im grenznahen Raum entlud. Der dafür gebräuchliche tschechische Begriff heißt „Odsun“ – Ausschub, und nichts kennzeichnet diese Phase der unkoordinierten, spontanen, aber für die Betroffenen mit vielen Leiden und auch teilweise Unrecht verbundenen Aktionen besser.

Erst am 5. Juni 1945 waren die tschechischen Truppen in der Lage, ordnend in diese Aktionen der tschechischen Bevölkerung einzugreifen. Damit wurden die spontanen und unkoordinierten Abschiebungen gestoppt, und man begann, die Umsiedlung zu organisieren. Das bedeutet jedoch nicht, dass damit alle Formen von Übergriffen und pogromartige Aktionen, wie in Ústi nad Labem (Aussig/Elbe) am 31. Juli 1945, verhindert werden konnten.

Nun erst beschäftigte sich die neue Regierung auch mit Rechtsfragen, die die deutsche Minderheit in der CSSR betrafen. In insgesamt 13 Dekreten wurden diese behandelt.

Dabei wurden vor allem folgende Punkte geregelt:

1. Die Bestrafung von Naziverbrechern und anderen Schuldigen in der Zeit der Okkupation,

2. die Frage der Staatsbürgerschaft der Deutschen und der Ungarn,

3. die Enteignung und Nationalisierung von Eigentum ohne Entschädigung.

Auch wenn es heute gerne anders behauptet wird, waren unter Punkt eins nicht pauschal alle Deutschen angeklagt, sondern diese Dekrete basierten auf dem Prinzip der individuellen Verantwortlichkeit. Sie entsprachen damit weitgehend den alliierten Grundsätzen zur Befreiung von Nazismus und Militarismus, wie sie in Deutschland angewendet wurden. Dass es in der Umsetzung pauschale Urteile gab, ist unstrittig, aber vom Grundsatz her ging es um die Bestrafung von Naziverbrechern und ihrer Helfer. Dass sich hierunter zahlreiche Sudetendeutsche befanden ist entsprechend ihres politischen Handelns in der Zeit vor und nach München nicht überraschend.

Eine prinzipielle Regelung der Staatsbürgerschaft war wegen der Folgen des Münchener Diktates notwendig geworden. Vor München waren Sudetendeutsche tschechische Staatbürger, nach München wurden sie zu deutschen Staatsbürgern. Mit der Aufhebung des Diktates waren sie faktisch deutsche Staatsbürger, juristisch jedoch wieder Tschechen. Dies konnte und wollte niemand akzeptieren. So wurde nach dem Beschluss des Potsdamer Abkommens mit Verfassungsdekret 33/1945 vom 2. August 1945 das Staatsbürgerrecht dahingehend geregelt, dass den nach München deutschen Staatsangehörigen die tschechische Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Behalten konnten sie nur die Personen, die nachweisen konnten, dass sie der CSSR treu geblieben waren, dass sie beispielsweise als Antifaschisten gegen die Okkupation gewirkt oder selber unter dem Naziterror zu leiden hatten.

Diese Ausnahme galt auch bezogen auf die Eigentumsdekrete, die vom Juni bis Oktober 1945 die Enteignung und Nationalisierung des Eigentums der deutschen Bevölkerung regelten. Es begann mit einem Dekret „über die Konfiskation und beschleunigte Aufteilung des landwirtschaftlichen Vermögens der Deutschen, Madjaren, wie auch der Verräter und Feinde des tschechischen und des slowakischen Volkes“, also mit einer Bodenreform zugunsten der tschechoslowakischen Bevölkerung. Dies war vor dem Hintergrund des gesellschaftlichen Neubeginns eine fundamentale Entscheidung.

Als Form von Reparationszahlung für die Schädigungen seit München ist das Dekret 108/1945 vom 25. Oktober 1945 „über die Konfiskation des feindlichen Vermögens und die Fonds der nationalen Erneuerung“ anzusehen. Auf Grund dieses Dekretes wurde entschädigungslos das Eigentum der juristischen und natürlichen Personen deutscher Staatsangehörigkeit eingezogen. Natürlich differenziert eine solche pauschale Konfiskation nicht nach individueller Verantwortung. Gleichzeitig kann jedoch auch nicht übersehen werden, dass die sudetendeutsche Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit die nazistische Politik und die Okkupation mit ihren Folgen für die CSSR unterstützt haben.

Als außerordentliche Rechtsnormen waren die „Beneš-Dekrete“ Ausdruck der damaligen historischen Entwicklung. Emil Hruška schreibt dazu: „Im großen Ausmaß wirkten bei der Entstehung der Dekrete ein angespannter Patriotismus, aber auch ein aggressiver tschechischer Nationalismus mit. Von Bedeutung waren auch die Vorstellungen über die neue Gestaltung der Tschechoslowakei und Europas und auch die Befürchtung, dass sich die tragischen Ereignisse der Jahre 1938-1945 wiederholen könnten..“ (Deutsch-Tschechische Nachrichten, Nr. 33, S. 7)

Und so war die juristische Bestätigung der Dekrete in ihrer Gesamtheit durch den Parlamentsbeschluss vom 28. März 1946 auch eine Bestätigung der Ergebnisse des Prozesses im antifaschistisch-demokratischen Neubeginn in der CSSR zur Wiederherstellung der nationalen Souveränität und Eigenstaatlichkeit. Damit sind die „Beneš-Dekrete“, selbst wenn viele von ihnen in ihrem konkreten rechtlichen Gehalt überholt sein mögen, dennoch als Fundament der gültigen Rechtsordnung der Tschechischen Republik bis heute anzusehen. Wer sie in Frage stellen will, stellt damit – bewusst oder unbewusst – die Legitimität der Staatlichkeit in Frage.

Wer in Kenntnis dieser historischen Sachlage heute nach der Aufhebung der „Beneš-Dekrete“ ruft, hat daher nicht „Menschlichkeit“ und „Versöhnung“ im Kopf, sondern sucht neben der politischen Neugewichtung der Rolle „der Deutschen“ im deutsch-tschechischen Verhältnis (Deutsche als Opfer statt als Täter) darüber hinaus Schlupflöcher für die Öffnung von Eigentumsfragen – für Restitutionsansprüche nach der Aufnahme der Tschechischen Republik in die Europäische Union. Eine historisch verantwortliche Position im Umgang mit diesem Thema muss sich solcher politischen lmplikationen bewusst sein und allen Versuchen der revanchistischen und geschichtsrevisionistischen Spielraumerweiterung entgegentreten.

(Wichtige Hinweise entnahm ich dem Beitrag von Emil Hruška, Die sogenannten Beneš-Dekrete – Mythen und Realität, gehalten auf einer internationalen Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, zuerst publiziert in den Deutsch-Tschechischen Nachrichten Nr. 33 vom 1. 10.2001, S. 5 – 8) ■

CDU macht Druck auf Kriegsflüchtlinge

STUTTGART. „Bei der Beratung zum 21. Stuttgarter Flüchtlingsbericht wurde über die Rückkehrhilfe berichtet. Trotz Gesprächen mit ca. 2.000 Personen über die Rückkehrhilfe sind nur 35 Personen zurückgegangen. Bei der Beratung im Gesundheitsausschuss wurde der Wunsch geäußert, eine Stelle aus der Rückkehrhilfe in die psychosoziale Beratung zu geben. Nach unserer Ansicht ist dies der falsche Weg. In der derzeitigen angespannten Haushaltslage muss es Ziel sein, den Personenkreis der Hilfeempfänger zu reduzieren.

Wir fragen an:

1. Wie arbeitet die Rückkehrhilfe? Wir bitten um einen Bericht.

2. Wie kann die Effizienz der Rückkehrhilfe erhöht werden?“

Diese Anfrage im Stil der REP stellten am 2.12.2002 die CDU-Stadträte Iris Ripsam, Ilse Unold, Helga Vetter und Roland Schmid an die Stuttgarter Stadtverwaltung.

Bei nur 35 Rückkehrern nach 2.000 Gesprächen könnte man auch folgern: jetzt sind alle rausgedrückt worden, die das Amt auf Grund der Rechtslage und der Lage in ihrer Heimat rausdrücken konnte. Die Kriegsflüchtlinge aus dem Balkan, die jetzt noch hier sind, fürchten bei der Rückkehr um Leib und Leben oder haben schwerwiegende Gründe, hier zu bleiben. Wäre es nicht sinnvoller und menschlicher, mit dem Geld, das für diese Rückkehrgespräche ausgegeben wird, die Lage der Flüchtlinge hier zu verbessern und dafür nicht nur eine, sondern alle Personalstellen der psychosozialen Beratung zuzuschlagen? *ulk* ■

Ungehorsame Passagiere – Fluggäste verhindern Abschiebung eines Togolesen

MÜNCHEN. AktivistInnen der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und des Bayerischen Flüchtlingsrates verhinderten am 19.12.2002 die Abschiebung des togolesischen Flüchtlings Koumai Agoroh.

Damit ist es zum wiederholten Male gelungen, eine kurzfristig angesetzte Abschiebung eines Togolesen vom Münchner Flughafen zu verhindern! Mit Handzetteln wurden die Fluggäste der KLM Maschine 1790 Richtung Amsterdam aufgefordert, Zivilcourage zu zeigen und den Start der Maschine solange zu verzögern, bis die Flugbesatzung von der Abschiebung Herrn Koumai Agorohs absehen würde. Angeregt wurde • sich im Flugzeug nicht zu setzen, • gegenüber dem Flugpersonal anzukündigen, das Handy nicht auszuschalten • den Piloten aufzufordern, den Betroffenen nicht zu befördern • anzudrohen, künftig nicht mehr mit der KLM zu fliegen • und eventuelle Gewaltanwendungen von Seiten des Sicherheitspersonals zu dokumentieren. Zudem wurde am Tag zuvor die Fluggesellschaft davon in Kenntnis gesetzt, dass die Abschiebung von Herrn Agoroh für den KLM-Flug 1790 um 6:30 Uhr vom Flughafen München angesetzt wurde. Damit verbunden wurde dem Sicherheitspersonal mitgeteilt, dass Herr Agoroh sich gegen seine Abschiebung zur Wehr setzen wolle und somit ein Sicherheitsrisiko für den geregelten Flugbetrieb darstelle. All diese Bemühungen wurden nun mit Erfolg gekrönt. Die Abschiebung fand nicht statt. Koumai Agorah befindet sich momentan weiterhin in Abschiebehaft und wir werden uns dafür einsetzen, dass er möglichst bald freigelassen wird.

Die Ordnungskräfte haben gegen die Beteiligten ein Strafverfahren eingeleitet. Vorwurf ist, dass in den Anregungen an die Fluggäste eine Aufforderung zu Straftaten zu sehen sei. Dieser Kriminalisierungsversuch ist leicht durchschaubar. Nachdem vor knapp einem Monat bereits eine Abschiebung auf ähnliche Weise verhindert werden konnte, möchte man jetzt die UnterstützerInnen im Kampf gegen Abschiebungen einschüchtern. Das überzogene Verhalten der Sicherheitskräfte offenbart ihre Angst vor Öffentlichkeit bei Abschiebungen.

Wir von der Karawane und vom Bayerischen Flüchtlingsrat protestieren gegen dieses Vorgehen aufs Schärfste. Für uns hat diese Aktion gezeigt: aktiver Widerstand gegen Abschiebung ist nicht nur nötig, sondern auch möglich!

Matthias Weinzierl,
Bayer. Flüchtlingsrat ■

Schily: niedrigste Asylbewerberzahlen seit 1987

BERLIN. Nach Mitteilungen des Bundesministeriums stellten im Jahr 2002 71.127 Personen in Deutschland erstmalig einen Asylantrag. Damit sank die Zahl der Asylanträge gegenüber dem Vorjahr um 17.160 oder um 19,4 Prozent. Dieser Rückgang ist für alle zehn Hauptherkunftsstaaten zu verzeichnen. Allein aus dem Irak kamen 6.925 Asylsuchende weniger als im Jahr 2001. Die Zahl der Asylbewerber aus Afghanistan hat sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert. Für Bundesinnenminister Otto Schily eine „erfreuliche Entwicklung“, die „in erster Linie auf die steuernde und begrenzende Vorauswirkung des Zuwanderungsgesetzes zurückzuführen“ sei. Die Bundesregierung habe mit dieser Gesetzesvorlage deutlich gemacht, dass missbräuchliche Asylaufenthalte in Deutschland künftig leichter und rascher beendet werden können. Das Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes werde die Asylbewerberzahlen weiterhin deutlich senken und die Sozialkassen spürbar entlasten.

Für den Zeitraum des gesamten Jahres 2002 veröffentlichte das BMI folgende Zahlen: In der Zeit von Januar bis Dezember 2002 haben insgesamt 71.127 Personen in Deutschland Asyl beantragt. Gegen-über dem Vergleichszeitraum im Vorjahr (88.287 Personen) bedeutet dies einen Rückgang um 17.160 Personen (-19,4 Prozent). Damit kamen mit Ausnahme des Januars in jedem Monat des Jahres 2002 weniger Asylbewerber als im Vergleichsmonat des Vorjahres.

Die Hauptherkunftsländer 2002 waren Irak mit 17.167 (2001: 10.242 = -40,3 %), Türkei mit 10.869 (2001: 9.575 = -11,9%), Brep. Jugoslawien 7.758 (2001: 6.679 = -13,9), Russ. Föderation 4.523 (2001: 4.058 = -10,3%), Afghanistan 5.837 (2001: 2.772 = -52,5%), Iran 3.455 (2001: 2.642 = -23.5), Vietnam 3.721 (2001: 2.340 = -37,1%), Indien 2.651 (2001: 2.246 = -15,3 %), Syrien 2.232 (2001: 1.829 = -18,1%), Algerien 1.986 (2001: 1.743 = -12,2%).

Im Jahr 2002 ging die Zahl der Asylbewerbern aus allen zehn Hauptherkunftsländern gegenüber dem Vorjahr deutlich zurück, und zwar zwischen 10,3 und 52,5 Prozent. Am stärksten war der Rückgang von Asylbewerbern aus Afghanistan, dem fünfstärksten Herkunftsland für Asylantragsteller. Hier halbierte sich im Jahr 2002 der Asylzugang um -52,5 Prozent.

Im gesamten Zeitraum von Januar bis Dezember 2002 hat das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge (BAFL) 130.128 Entscheidungen getroffen. 2.379 Personen (1,8 Prozent) wurden als Asylberechtigte anerkannt. 4.130 Personen (3,2 Prozent) erhielten Abschiebeschutz nach § 51 Abs. 1 des Ausländergesetzes. 80.443 Asylanträge (61,8 Prozent) wurden abgelehnt. 43.176 Anträge (33,2 Prozent) wurden anderweitig erledigt. Bei 1.598 Personen hat das Bundesamt in der Zeit von Januar bis Dezember 2002 Abschiebungshindernisse im Sinne von § 53 des Ausländergesetzes festgestellt.

Neben 71.127 Erstanträgen wurden auch 20.344 Asylfolgeanträge gestellt. Hauptantragsteller waren Menschen aus der Bundesrepublik Jugoslawien mit 7.138 Anträgen und der Türkei mit 4.438 Anträgen.

Der Anteil der Folgeanträge an allen Anträgen betrug damit im Jahr 2002 22,3 Prozent gegenüber noch 25,4 Prozent im Jahr 2001 und 33,2 Prozent in 2000.

Fazit: Die Zahl der Asylbewerber ist 2002 auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken. Dauerhaftes Asyl in Deutschland erhielten gerade mal 2379 Menschen.

Quelle: BMI Mitteilungen Jan. 2003 ■

Kinder als Flüchtlinge

MANNHEIM. Die Mannheimer AI – Gruppe hatte anlässlich des Tags der Menschenrechte am 12.12.2002 Herrn Heiko Kaufmann, Sprecher von „PRO ASYL“, eingeladen. Herr Kaufmann referierte über die Situation von Flüchtlingskindern. Hier eine kurze Zusammenfassung:

Krieg, Vertreibung und Armut verschonen auch Kinder und Jugendliche nicht. Im Gegenteil: immer mehr Minderjährige leiden unter den kurz- und langfristigen Folgen von Gewalt und Terror. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass sechs bis zehn Millionen Kinder weltweit auf der Flucht sind – mit und ohne ihre Familien.

- über 40 000 Kinder sterben täglich an Hunger und vermeidbaren Krankheiten,
- über 200 000 Kinder unter 15 Jahren tragen Waffen, werden zu Militärdienst gezwungen
- Tausende Kinder in vielen Staaten der Welt sind Opfer von Folter, von staatlichen Übergriffen und Menschenrechtsverletzungen.
- Zehntausende werden willkürlich verhaftet, verschwinden, werden in Gefängnisse gesperrt, verschleppt, ermordet, hingerichtet.
- Millionen von Kindern werden zur Prostitution und in die Sklaverei gezwungen.

Kinder, deren Eltern fliehen mussten, inhaftiert wurden oder untertauchen mussten, erleben ihre Situation, die sie oft unvorbereitet trifft, als lebensbedrohend. Manche Kinder waren bei den Folterungen, den Verhaftungen der Eltern zugegen, manche haben auch miterleben müssen, wie ihre Eltern umgebracht wurden. Manche der Kinder werden bewusst fortgeschickt, um ihnen eine bessere Zukunft zu ermöglichen. Es sind keine „Rabeneltern“, die ihre Kinder wegschicken!

Gerade in Deutschland müsste sehr sensibel mit diesem Thema umgehen werden, denn während der Zeit der Nazi-Herrschaft wurden viele Kinder nur dadurch gerettet, dass sie von ihren Eltern ins Ausland geschickt wurden.

Und: vielen Kindern würde das gleiche Schicksal wie den Eltern oder / und anderer Verwandten drohen, wenn sie nicht fliehen würden.

Doch die jungen Flüchtlinge sind den körperlichen und seelischen Belastungen am wenigsten gewachsen: Sie stoßen in Flüchtlingslagern auf katastrophale Lebensbedingungen. Dabei haben Kinder besondere Bedürfnisse, die erfüllt werden müssen, benötigen einen besonderen Schutz. Die überwiegende Zahl der alleinstehenden Kinder und Jugendlichen ist schwer traumatisiert und kommt im Zustand des Schocks, der Verzweiflung und des Stresses hierher.

Aus diesem Grund hat der UNHCR 1989 die „Kinderrechtskonvention“ – „Übereinkommen über die Rechte der Kinder“ verabschiedet, die den besonderen Schutz für Flüchtlings-Kinder festschreibt. Doch wie sieht die Wirklichkeit aus? Nur einem Bruchteil der Kinder gelingt die Flucht nach Deutschland. Genaue Zahlen gibt es nicht, sie werden statistisch nicht erfasst. Man schätzt, dass die Zahl ca. 6000 beträgt.

Obwohl die Kinderrechtskonvention die Notwendigkeit verbesserten Schutzes und stärkerer Rechte für Kinder weltweit in das Blickfeld der Öffentlichkeit rückte und von über hundert Staaten unterzeichnet wurde, ist die politische Praxis von eigennützigen nationalen Interessen gekennzeichnet. So hat die BRD die Kinderrechtskonvention 1992 nur unter Vorbehalt unterschrieben. Es gilt nicht das Wohl des Kindes, sondern das Ausländerrecht. Die BRD entzieht sich dadurch der Verpflichtung, Kinderflüchtlingen besonderen Schutz zu gewähren. Die Verweigerung von Schutz und Hilfen für Flüchtlingskinder ist jedoch ein Verstoß gegen das Kindeswohl – auch gemessen an internationalen Standards. Im 1. Staatenbericht der Genfer Flüchtlingskonvention (1995) wird Deutschland deswegen heftig kritisiert.

Auch die SPD und die GRÜNEN haben bisher den Vorbehalt, für dessen Abschaffung sie noch in Oppositionszeiten, nämlich bereits 1992 eingetreten sind, noch nicht zurückgenommen – trotz entsprechender Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von 1998, trotz verschiedenen Interventionen durch Menschenrechtsgruppen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und eindeutiger Bundestagsentscheidungen. Innenminister Otto Schily hat sich bisher geweigert, die entsprechende Unterschrift zu leisten.

Mit Kindern wird immer noch in verfassungswidriger Weise umgegangen, Kinderschicksale sind asylrechtlich nicht relevant. Dies führt dazu, dass gerade viele der durch Erfahrungen von Flucht, Menschenrechtsverletzungen etc. seelisch äußerst schwer belasteten und traumatisierten Kinder keine ausreichenden Hilfen in Deutschland erhalten. Integrationshilfen werden verweigert, denn die Minderjährigen sollen sich ja nicht integrieren. Sie sind letzten Endes unerwünscht.

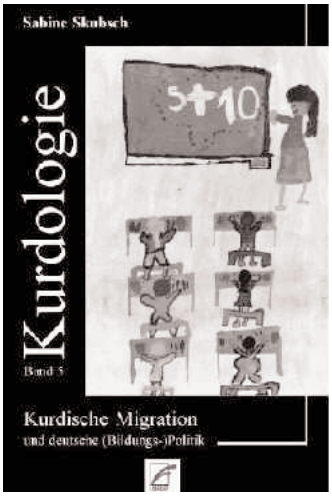
Die Minderjährigen durchlaufen in der Regel ein aussichtsloses Verfahren, da sie häufig nur unzureichende „Asylrechtlich relevante Gründe“ vorbringen können, denn schon aufgrund ihres niedrigen Lebensalters können Kinder und Jugendliche dem „Prototyp“ des politisch engagierten, in der Öffentlichkeit agierenden Menschen, der in seinem Herkunftsland verfolgt wird, nicht entsprechen. Aus Angst um ihre Angehörigen im Herkunftsland verschweigen Kinder oft noch Wesentliches, was wiederum zu einer Ablehnung führen kann, denn dann sind die „Angaben ungenügend, vage und unzureichend“. Sind die Kinder dann 16 Jahre alt, werden sie für asylmündig erklärt. Das bedeutet, dass sie wie Erwachsene behandelt werden und sich im Asylverfahren selbst vertreten müssen, was sie völlig überfordert.

Während Kinder und Jugendliche bis 16 Jahren – falls keine andere Möglichkeit besteht – in einer Einrichtung der Jugendhilfe leben, werden sie danach in Obdachlosenunterkünfte oder im Lager untergebracht: wahrhaft ungeeignete Bedingungen für Jugendliche, die Familie, Heimat und Orientierungsrahmen verloren haben. Nach einer erfolgten rechtskräftigen Ablehnung erhalten sie dann bestenfalls eine Duldung, wenn entsprechende Abschiebehindernisse vorliegen.

Dies ist nach Einschätzung der Behörden nicht immer der Fall. Und so kommt es auch vor, dass auch Minderjährige in Abschiebehaft genommen werden.

Aus all dem ist zu fordern:

- Rücknahme des Vorbehalts unter der Kinderrechtskonvention
- Verbot der Abschiebehaft und der Abschiebung
- rechtliche Gleichstellung von minderjährigen Flüchtlingen in kinder- und jugendhilferechtlicher Hinsicht
- keine Anwendung der Drittstaatenregelung auf Kinder und Jugendliche
- Aufenthalts- und Bleiberecht für unbegleitete Kinder und Jugendliche auch außerhalb des Asylverfahrens,
- Abschaffung des Flughafenverfahrens
- keine Unterbringung im Lager. ■



Kurdische Migration und deutsche (Bildungs-) Politik

Die Arbeit von Sabine Skubsch beschäftigt sich mit der spezifischen Situation von kurdischen Migrantinnen und Migranten aus der Türkei und ihrer Position im Kontext deutscher (Bildungs-) Politik: Dabei werden einerseits Hintergrundinformationen über die Situation von Kurdinnen und Kurden in der Türkei und im Einwanderungsland Deutschland präsentiert. Andererseits findet eine Auseinandersetzung mit der Situation kurdischer Kinder und Jugendlicher im deutschen Schulsystem statt, insbesondere unter dem Stichwort „muttersprachlicher Unterricht".

Kurden waren lange Zeit einem breiteren Publikum nur durch Karl May bekannt, bis sich in den 1990er Jahren die in Deutschland lebenden Kurden mit Demonstrationen und militanten Proteste ins öffentliche Bewusstsein schoben. Was veranlasste Kurden, die jahrzehntelang unauffällig in Deutschland lebten, zu so vehementem Auftreten? Warum fühlen sich Schüler und Schülerinnen kurdischer Herkunft, die immer weniger mit der Heimat ihrer Eltern verbindet, in Deutschland als Kurden ausgegrenzt?

Die Erziehungswissenschaftlerin Sabine Skubsch gibt allgemeine Hintergrundinformationen über die Situation von Kurdinnen und Kurden im Einwanderungsland Deutschland und geht der Frage nach, wie das deutsche Bildungswesen mit Schülern kurdischer Herkunft aus der Türkei verfährt.

Die Studie präsentiert u.a. eine Untersuchung über den Ist-Zustand des muttersprachlichen Unterrichts Kurdisch in Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Dabei werden die institutionellen Rahmenbedingungen, methodisch-didaktische Aspekte, Resonanz bei kurdischen Eltern und Schülern sowie die Auswirkungen auf den Schulalltag analysiert. Das Thema muttersprachlicher Unterricht wird eingebettet in eine Auseinandersetzung mit Aspekten der Sprachpolitik im Allgemeinen und der kurdischen Sprache als einer Nicht-Staatssprache im Besonderen. Durch historische und internationale Vergleiche wird die verordnete kulturelle Homogenität von Nationalstaaten europäischer Prägung, die von der Türkei in so rigider Weise übernommen wurde, in Frage gestellt und Perspektiven für einen anderen Umgang mit Mehrsprachigkeit aufgezeigt. Über den schulischen Kontext hinaus zeigt die Autorin ein ganzes Netz unterschiedlicher Mechanismen von Ausgrenzung auf, mit denen kurdische Migranten in Deutschland konfrontiert sind: Aus politisch-ideologischen Gründen verweigert die deutsche Politik die Anerkennung der Tatsache, dass die Bundesrepublik ein Einwanderungsland ist, und zollt der offiziellen Kulturideologie des Herkunftslandes Türkei mehr Anerkennung als dem ethnischen Selbstverständnis der Zugewanderten. Aus außenpolitischen Interessen nimmt die Bundesrepublik Rücksicht auf die Forderungen der offiziellen türkischen Politik, die in allem, was mit dem Attribut „kurdisch" in Verbindung steht, einen Angriff auf ihre „nationale Einheit" sieht. Durch die deutsche Medienberichterstattung über Kurden und durch den Einfluss, den türkische Institutionen wie die Konsulate beispielsweise auf den muttersprachlichen Unterricht Türkisch haben, fühlen sich Kurden auch in Deutschland ungerecht behandelt.

Ausländerpolitik und Außenpolitik wirken sich auf den bildungspolitischen Umgang mit Kurden aus. Von der ausländerpolitischen Konzeption des jeweiligen Bundeslandes hängt es ab, ob muttersprachlicher Unterricht überhaupt als staatliche Aufgabe angesehen wird, ob als „Muttersprachen" nur die offiziellen Staatssprachen der Herkunftsstaaten oder die tatsächlich gesprochenen Familiensprachen der Migranten anerkannt werden. Die Arbeit setzt sich kritisch mit den Begriffen „Minderheit" und „Mehrheit" auseinander. Es wird hinterfragt, wie ethnische Selbst- und Fremdzuschreibungen entstanden und wer warum ein Interesse an deren Aufrechterhaltung bzw. Abschaffung hat. Ist die Forderung nach „Erhalt der kurdischen Identität" das legitime Bedürfnis eines „unterdrückten Volkes", oder hat jeder Bezug auf eine nationale kollektive Identität eine gefährliche Verwandtschaft zu völkischem Denken? Die Autorin hinterfragt nicht nur – wie in sozialwissenschaftlicher Literatur über Kurden üblich – den Anspruch auf einen „Erhalt der kurdischen Identität", sondern auch den vom türkischen und vom deutschen Staat erhobenen Assimilierungsdruck – ganz gleich ob er deutsch- oder türkischnationalistisch begründet wird. Die Identifizierung kurdischer Kinder mit der Kulturideologie des Herkunftsstaates Türkei sei ein signifikantes Beispiel dafür, wie wenig universalistisch und interkulturell das deutsche Bildungswesen ist. Minderheiten seien in der deutschen Geschichte in der Regel immer dann zur Kenntnis genommen worden, wenn befürchtet wurde, dass sie zu einem Problem werden könnten. In dieser Tradition stehe auch die Wahrnehmung kurdischer Migranten. Entgegen der von den Medien verbreiteten Ansicht, die Kurdenproblematik sei von der Türkei aus in die Bundesrepublik importiert worden, sei der Konfliktstoff „hausgemacht" bzw. werde in Deutschland verschärft. Einen Grund sieht die Autorin in der stark divergierenden Wahrnehmung der PKK. Während die PKK von vielen Kurden in der Türkei, die eine politische Lobby hatten, als Hoffnungsträger gesehen werde, gilt sie türkischen Staatspropaganda schlicht Synonym für Terrorismus. Im Dienste der deutsch-türkischen Beziehungen schlug die deutsche Politik mit dem PKK-Verbot eine ähnliche Linie ein. Dadurch seien auch in Deutschland integrierte Kurden in einen kaum lösbaren Loyalitätskonflikt zwischen der „kurdischen Partei" PKK einerseits und dem Aufnahmeland Deutschland andererseits gedrängt worden.

Die Autorin gewann ihre Erkenntnisse über kurdische Migrantinnen und Migranten durch langjährige praktische Arbeit. Als Lehrerin arbeitet sie in der beruflichen Bildung mit Migrantenjugendlichen. Als Aktivistin der Kurdistansolidarität beteiligte sie sich an Menschenrechts- und Gewerkschaftsdelegationen nach Kurdistan und fördert Projekte für kurdische Schüler und Lehrer in der Türkei. Sie studierte Ausländerpädagogik und promovierte im Bereich Erziehungswissenschaften über „Kurdische Migration und deutsche (Bildungs-) Politik" an der Universität GHS Essen.

Sabine Skubsch: Kurdische Migration und deutsche (Bildungs-)Politik. Münster: UNRAST-Verlag, Beiträge zur Kurdologie, Univ. GHS Essen, Diss., ISBN 89771-013-7. Preis: 15 Euro Bestelladresse: Berliner Förderung der Kurdologie, 12051 Berlin.

Vergessener Völkermord

Wenn heute um den EU-Beitritt der Türkei verhandelt wird, erinnert sich kaum noch jemand an den Völkermord der türkischen Armee vor 65 Jahren an den Kurden von Dersim.

Bis zu 100.000 Menschen – Männer und Frauen, Alte und Kinder – wurden damals von der Armee nieder geschlachtet, vergast, verbrannt. Ihre einzige Schuld war es, als Kurden geboren zu sein.

Mit dem jetzt auf Deutsch in der Edition Ararat erschienen historischen Roman „Die Vernichtung von Dersim“ erinnert der nach dem Militärputsch 1980 aus der Türkei zwangsausgebürgerte und heute in München lebende kurdische Schriftsteller Haydar Isik an den Schicksalswinter seines Volkes. Isik ist selber ein Überlebender der Massaker. Geboren im Jahr 1937 rettete seine Mutter ihren einzigen Sohn in die Wälder, wo sie ihn permanent säugte, damit die Soldaten nicht durch das Schreien des Babys alarmiert wurden.

„Vergesst niemals dieses Massaker! Vergesst niemals diesen Vernichtungsfeldzug! Erzählt euren Kindern von diesem Grauen!“ Diese in den Mund seines Romanhelden, des Dorfältesten Alibinat gelegte Mahnung an die Überlebenden des Genocids ist für den Schriftsteller Verpflichtung. Schon sein erster Roman „Der Agha aus Dersim“, der ihn trotz sofortigen Verbots in der Türkei bekannt machte, widmete sich dem Schicksal der Dersim-Kurden.

Dersim galt Mitte der 30er Jahre als die „letzte freie Burg“ der Kurden in der Türkei. In den unzugänglichen Berghöhen waren die kleinen Bauerndörfer der Kontrolle des türkischen Staates weitgehend entzogen. Von den anderen Kurden waren die Dersimer durch ihren alewitischen Glauben, einen liberale Strömung des Islam isoliert. So schwiegen die Dersim-Kurden auch, als die Armee gegen die anderen Kurden als „islamische Reaktionäre“ vorging oder sie kämpften wie die Romanfigur des Unteroffiziers Riza Tschausch sogar auf Seiten des Staates.

„Dersim ist für die Türkische Republik eine Eiterbeule. Es ist absolut erforderlich, diese Eiterbeule zu operieren, bedauerlichen Vorfällen zuvorzukommen, die Gesundheit der Heimat zu erhalten“ – mit diesen Worten erklärte die Regierung von Ankara im Dezember 1935 Dersim den Krieg. Ab 1936 wurde Dersim von der türkischen Armee attackiert. Dorfbewohner wurden angegriffen, kurdische Schulen geschlossen, das Wort „Kurde“ und „Kurdistan“ verboten. Auch der kurdische Name Dersim wurde bis heute durch den türkischen Namen „Tunceli“, das bedeutet „Eisenfaust“, ersetzt.

Gegen die einsetzende Repression bildeten sich innerhalb weniger Wochen starke kurdische Guerillaverbände, die in den Bergen erbitterten Widerstand leisteten. Geführt wurde der Aufstand für die Autonomie der Dersim-Kurden von dem Geistlichen Seyid Riza, bis dieser durch Verrat verhaftet und im November 1937 in Elazig hingerichtet wurde.

Da die mit über 50.000 Soldaten in der Region Dersim aktive Armee den Widerstand der Bauernguerilla nicht bezwingen konnte, ging sie im Winter 1937/38 zur völligen ethnischen Säuberung gegen die Zivilbevölkerung über. Ganze Dörfer wurden von der Armee umzingelt, die Männer auf dem Dorfplatz erschossen, Frauen und Kinder in ihren Häusern verbrannt. Wo es der Bevölkerung gelang, in Berghöhlen zu fliehen, mauerten die Soldaten die Höhleneingänge zu oder warfen Gasbomben hinein. Tausende Frauen stürzten sich von den hohen Felsen in den Fluss Munzur, um nicht von den Soldaten vergewaltigt zu werden. Nach dem Ende des Vernichtungskrieges gegen Dersim 1938 ließ die Regierung Hunderttausende Überlebende in andere Landesteile deportieren, weitere Zehntausende wurden dabei ermordet. Erst mehr als 40 Jahre später sollte es mit dem Guerillakrieg der PKK zu einem neuen großen Aufstand in Türkisch-Kurdistan kommen. Die Niederschlagung des Dersim-Aufstandes veranlasste übrigens Adolf Hitler dazu, den türkischen Staatsführer Mustafa Kemal Atatürk zu seinen Vorbildern zu erklären.

Im Zentrum von Haydar Isiks Roman steht das Schicksal der Bewohner des Dorfes Mergasur in Ost-Dersim. Der Schriftsteller versetzt den Leser zurück in jenen eisigen und blutigen Winter 1937/38. Die religiösen und sozialen Bräuche der Alewiten, ihre Liebe zu den „heiligen Bergen“, ihr Stolz und ihre Toleranz gegenüber Fremden werden in farbigen Worten geschildert. Isik zeigt aber auch, wie die Feindschaft der Clans untereinander und die Kollaboration einzelner Bandenführer und Aghas mit dem Staat es der Armee leicht machten, den Widerstand der Kurden zu brechen.

Im weiteren Verlauf konzentriert sich die Handlung auf das Schicksal des Mädchens Gule, das die Massaker überlebte und von einer türkischen Offiziersfamilie adoptiert wurde. Gule, die einen neuen türkischen Namen erhält und kemalistisch erzogen wird, ist ein Symbol für die Assimilierungspolitik des türkischen Staates gegenüber den Kurden. Als junge Frau wird sie Nacht für Nacht von den Albträumen des in ihrem Unterbewusstsein gespeicherten Genozids geplagt, bis sie von ihrer wahren Herkunft erfährt und in ihrem Adoptivvater den Mörder ihrer Familie erkennt. Und so, wie Gule zu ihrer kurdischen Identität zurückfindet und als Lehrerin nach Dersim geht, konnte die türkische Vernichtungspolitik bis heute nicht den Geist des kurdischen Widerstandes in Dersim auslöschen. „Gule ist mein Dersim“ kommentiert Isik seinen Roman.

Nick Brauns ■

Haydar Isik: Die Vernichtung von Dersim, Edition arArat im Unrast Verlag, Gebunden, 344 S., 16 Euro, ISBN 3-89771-852-9

Lagereingang Auschwitz

Zeugen aus der Todeszone. Das jüdische Sonderkommando in Auschwitz

Das im Klampen-Verlag neu erschienene Buch „Zeugen aus der Todeszone“ von Eric Friedler, Barbara Siebert und Andreas Kilian ist die erste Gesamtdarstellung der Geschichte der jüdischen Sonderkommandos im größten nationalsozialistischen Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau und eine eindringliche Dokumentation über das Innenleben der Todesfabrik.

„Das ist eine Krankheit ohne Namen“, sagt Shlomo Venezia. In seinen Träumen sieht er seit fast 60 Jahren die verzweifelten Gesichter der Opfer auf dem Weg in den Tod, die entstellten Gesichter und gewundenen Körper der Ermordeten in der Gaskammer und hört die erschütternden Todesschreie der Sterbenden. Venezia gehört zu den vermutlich 25 letzten der ehemals 110 Überlebenden von etwa 2500 Häftlingen aller jüdischen Sonderkommandos im Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau. In den Gaskammern von Auschwitz ermordete die SS zwischen 1941 und 1945 hunderttausende Menschen. In Gang halten mussten die „Todesfabrik“ jedoch hilflose Arbeitssklaven: die jüdischen Häftlinge des Sonderkommandos. Sie waren neben den Tätern und Ermordeten gezwungenermaßen die einzigen Augenzeugen der Vorgänge in den Vernichtungsanlagen.

In seiner Lesung aus der neu erschienenen Monographie wird Andreas Kilian am Dienstag, den 21. Januar 2003 um 19 Uhr in der Ton- und Bildstelle e.V., Rechneigraben 10, Frankfurt a.M. (Nähe Konstablerwache, gegenüber vom Arbeitsamt), Einblicke in die Überlebenssituation der isolierten Häftlingsgruppe des sogenannten Sonderkommandos bieten sowie auf die Widerstandsaktivitäten im Zentrum der „Todesfabrik“ Auschwitz-Birkenau eingehen. Es besteht ferner die Möglichkeit, eine 16-minütige Kurzfassung des Dokumentarfilms „Sklaven der Gaskammer“ von Eric Friedler (ARD, 2001) zu sehen.

Lagergemeinschaft Auschwitz/ Freundeskreis der Auschwitzer e.V . ■

Deutschland-Magazin wird geentert

Nach einer Pause von einem Vierteljahr erschien im Dezember 2002 wieder eine Ausgabe des Deutschland-Magazins. Das eigentlich monatlich erscheinende Organ der dem äußersten rechten Flügel der Union nahestehenden Deutschland-Stiftung präsentiert sich in stark reduziertem Umfang (24 statt 56 Seiten). Chefredakteurin Nadira Hurnaus schreibt in ihrem Editorial: „(...) Rot-Grün führt uns an den Abgrund. Vor diesem Abgrund steht auch die Deutschland-Stiftung und mit ihr das letzte genuin konservative Monatsmagazin Deutschlands. Spenden und Anzeigen sind drastisch zurückgegangen. Auch unsere Kassen sind leer, weshalb seit September kein Magazin mehr erscheinen konnte."

Frau Hurnaus deutet an, dass der Bankrott möglicherweise abgewendet werden könnte: „Mitte Dezember werden die Mitglieder der Deutschland-Stiftung darber beraten, ob, und wenn ja, wie und unter wessen Ägide die Stiftung überleben kann."

Mit ganzseitigen Farbanzeigen sponsern das schmale Heft Freunde in der Not: die Firma Underberg und der „Grüne Punkt", mit kleinformatigen Anzeigen sind der SINUS-Verlag, Krefeld und die Zeitschrift Criticon vertreten. Wesentlich wichtiger ist aber eine Doppelseite eines „Arbeitskreis Rettet das Deutschland-Magazin". In einem als Anzeige aufgemachten Schreiben fordern Heinrich Lummer, Dr. Günther Ossmann, Elisabeth Hager, Joachim Siegerist, Peter Merck und Casimir Prinz Wittgenstein dazu auf, Geld auf ein Konto von Joachim Siegerists dubiosem Verein „Die Deutschen Konservativen" zu überweisen. Mehr als dubios ist die Formulierung bezüglich der Verwendung der Spenden:

„Von ihrer Spende werden dem Magazin die lebensrettenden Anzeigenaufträge der Deutschen Konservativen e.V. gegeben."

Ob sich hier eine freundliche oder feindliche Übernahme anbahnt, darüber kann bisher nur spekuliert werden. Der wegen Volksverhetzung vorbestrafte Siegerist positionierte sich in der Vergangenheit im Gegensatz zur Deutschland-Stiftung abwechselnd außerhalb und innerhalb der Union und profilierte sich durch diverse Schmutzkampagnen gegen sozialdemokratische und grüne Politiker. Er gilt vor allem auch wegen seiner penetranten Spendensammelaktionen per Direct-Mail und über aufwändige Anzeigenschaltungen als wenig seriös. Nachdem sein Versuch scheiterte, in Lettland eine politische Partei aufzuziehen und die Präsidentschaftswahlen zu gewinnen, verlagerte er ab Ende der 90er Jahre den Schwerpunkt seiner Aktivitäten nach Deutschland. In den letzten Jahren fiel vor allem eine enge Zusammenarbeit mit der „Jungen Freiheit" ins Auge.

Die Notausgabe des Deutschland-Magazins feiert den Journalisten Gerhard Löwenthal (ZDF-Magazin) anlässlich seines 80. Geburtstages mit einer ausführlichen Würdigung. Der Autor Fritz Schenk verschweigt darin allerdings dessen Aktivitäten gemeinsam mit Siegerist Anfang der 80er Jahre in der „Konservativen Aktion". 1985 kam es zu einer heftigen Kontroverse, als Siegerist eine Kampagne der „Konservativen Aktion" zur Freilassung von Rudolf Hess startete. Löwenthal lief dagegen Sturm, Siegerist konterte mit antisemitisch gefärbten Anschuldigungen, bis es schließlich zum Eklat kam und Siegerist seine eigene Organisation gründete: „Die Deutschen Konservativen". Löwenthal wird sich gegen den späten Triumph seines Widersachers nicht mehr zur Wehr setzen können. Er verstarb am 6. Dezember.

stj, aus: Archiv-Notizen Dezember 2002, DISS Duisburg ■

: ostritt

Der Deutsche Ostdienst, DOD, befasst sich in den letzten zwei Ausgaben ausführlich mit dem von der EU in Auftrag gegebenen Frowein-Gutachten, dass zu der Meinung kommt, dass die Benes-Dekrete nicht gegen das EU-Recht verstoßen. Nachdem Tschechien auf dem EU-Gipfel in Kopenhagen am 11./12. Dezember in die EU aufgenommen wurde, bleibt abzuwarten, ob die Vertriebenenverbänden weiterhin hetzen werden. Vermutlich werden sie nicht klein bei geben. In der letzten Ausgabe wurde keine Stellungnahme zu den EU Beschlüsse abgegeben, in Internet ebenfalls nicht. Im DOD 21/2002 wurde gegen das Gutachten noch kräftig gehetzt: „Wenn Prof. Frowein die Loyalität eines Bürgers zu seinem Staat als Kriterium für Enteignung und Wiedergutmachung von Unrecht zulässt, hebelt er die Universalität der Menschenrechte aus … Das Gutachten ist gefährlich für Europa, weil es im Ergebnis Kollektiventrechtungen für zulässig erklärt. Der Aussöhnung zwischen Tschechen und Deutschen ist es nicht dienlich. Es führt kein Weg dran vorbei, dass die Tschechische Republik selbst unter Beweis stellen muss, dass sie in Europa angekommen ist."

Und dann wird angedeutet, dass die BdV an dem Thema weiter arbeiten will: „Nachdem die EU-Kommission in den fortbestehenden Benes-Dekreten nun ebenfalls kein Hindernis für den Beitritt der Tschechischen Republik sieht, erklärte die BDV-Präsidentin Erika Steinbach, dass die Kommission mit dieser Feststellung eine wichtige Chance vertan habe, den Beitrittskandidaten Tschechien zu einem menschenrechtskonformen Verhalten zu bewegen. Schwerwiegende Argumente namhafter Europa- und Völkerrechtler … seien beiseite gewischt worden."

Die rechtsextreme Junge Freiheit hat jetzt in einer Meldung erwähnt, dass bis 1990 die Fahnen der „ostdeutschen Provinzen" im Eingangsbereich des Deutschen Bundestages in Bonn gehangen haben. Die damalige Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth hat die Fahnen entfernen lassen. Mit einer „hausfraulichen List", wie sie in ihren Memoiren schreibt, wurden die Fahnen „zur Reinigung" abgehängt, um die Verhandlungen während der Zwei-Plus-Vier-Verhandlungen mit der polnischen Delegation nicht zu gefährden. Die Fahnen seien dann nie wieder aufgehängt worden. Der Mannheimer CDU-Bundestagsabgeordneter Jüttner hat im Bundestag dazu eine Anfrage gestellt, die Bundestagspräsident Thierse nicht richtig beantwortet habe: „Ausgehend von dem Beschluss zur Verlegung des Deutschen Bundestages in die Hauptstadt Berlin vom 20. Juni 1991" seien die Fahnen abgehängt worden.

DOD, 21-22/2002, Junge Freiheit 3/03 – jöd ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Forum kommunistischer Arbeitsgemeinschaften); Martin Dietzsch; Regina Girod (Bund der Antifaschisten, Dachverband); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (PDS); Jochen Koeniger (Arbeitsgruppe gegen Militarismus und Repression); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg–Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (Info Pool Network); Bernhard Strasdeit (MdB-Büro Winfried Wolf); Volkmar Wölk.

Gegen den Krieg gegen den Irak – Grund: Antiamerikanismus

Junge Freiheit Nr. 3/02 vom 10. Januar 2003

Der drohende Krieg gegen den Irak stößt bei der Rechten auf Ablehnung. Die Begründung für die Ablehnung fasst *Günter Zehm* zusammen: „Früher als von vielen erwartet kommt für Europa die Stunde der Wahrheit. Entweder wird es zum Wurmfortsatz der USA ... oder es findet zu eigener Identität, Einigkeit und Entschlossenheit ... Es kann keine ... Einheit des Westens geben, weil es keinen Westen gibt. Was es gibt, sind zwei miteinander verwandte, aber dennoch nach Interessen und Traditionen unterschiedliche Kulturkreise, die USA auf der einen Seite und Europa auf der anderen.“ Interessant ist, dass Zehm in dem Augenblick, in dem es gegen die USA geht, plötzlich ein einheitliches Europa anführt – eine Vorstellung, die sonst in der Rechten immer auf Ablehnung stößt.

Zum drohenden Tarifkonflikt im öffentlichen Dienst kommentiert *Bernd-Thomas Ramb* in gewerkschaftsfeindlicher Manier: „Wer das Diktat des Flächentarifs beibehalten und eine Regionalisierung der Tarife verhindert, kann und darf der öffentliche Arbeitgeber die Tarifrunde nur scheitern lassen.“ Dass es überhaupt soweit kommen konnte, liegt nach Rambs Ansicht an der 68er-Generation, die jetzt auf dem langen Marsch durch die Institutionen sei und unbedingt streiken wolle.

Zur aussichtslosen Lage der Rechten bei den kommenden Landtagswahlen in Niedersachsen und Hessen erläutert *Alexander Griesbach*: „Die chronische Erfolglosigkeit der politischen Rechten kann freilich nicht nur mit dem öffentlichen Stigmatisierungsdruck erklärt werden. Das eigentliche Problem dürfte in der programmatischen Ausrichtung der Parteien liegen ... So konnten rechte Parteien in der Vergangenheit .. in der Zuwanderungsfrage punkten ... Den etablierten Parteien ist es unterdessen erfolgreich gelungen, dieses Thema in der öffentlichen Wahrnehmung zu entschärfen. Damit ist den Rechtsparteien mehr und mehr die Existenzgrundlage entzogen worden.“ Als Ausweg aus dem Dilemma schlägt das Blatt vor: „Bei keiner der klassischen Rechtsparteien ist bisher deutlich geworden, mit welchen konkreten – und vor allem realisierbaren – Maßnahmen diese dem Niedergang Deutschlands begegnen wollen. Und solange dies so bleibt, wird sich an der Schattenexistenz dieser Parteien auch nichts ändern.“

Karsli will „deutsche“ Partei gründen

Junge Freiheit Nr. 3/02 vom 10. Januar 2003

Jamal Karsli stehe kurz davor, eine neue Partei zu gründen, berichtet das Blatt. In diesen Wochen sollen 3.000 - 4.000 Interessenten für ein Gründungstreffen angeschrieben werden. Karsli will mit dieser Partei zur Landtagswahl 2005 in NRW antreten. Er kündigte an, die Partei solle „sozialliberal, interkulturell, freidenkend und vor allem deutsch“ sein.

Personalia

Republikaner 11-12-2002

Auf dem Bundesparteitag in Deggendorf Ende letzten Jahres wurde Rolf Schlierer erneut zum Bundesvorsitzenden der „Republikaner“ gewählt (mit 187 von möglichen 262 Stimmen). Stellvertreter sind Björn Clemens, Düsseldorf, Johann Gärtner, Kissing, Haymo Hoch, Zwingenberg und Uschi Winkelsett, Senden. Bundesschatzmeister wurde Ralf Goertz aus Erkelenz. Unter den 15 Beisitzern sind gleich drei Kölner: Dr. Jürgen Heydrich (für die REP im Rat), Daniel Mike Schöppe und Dieter Baitz, aus Berlin kommen Tibor Haraszti und Dr. Konrad Voigt. Bayern ist mit Norbert Mitteldorf, München, und Günter Siegmund, Nürnberg, vertreten

REP im Landtagswahlkampf

Republikaner 1-2/2003

Die Ausgabe erscheint als Wahlkampfzeitung für Niedersachsen und Hessen und geht dort an alle Haushalte mit Tagespost. Unter dem Slogan „Zeit für Protest“, der schon zur Bundestagswahl nicht gezogen hat, wird versucht, die Mitgliedschaft zur Kraftanstrengung in den beiden Bundesländern zu mobilisieren, damit die Wählerschaft endlich wieder den Nutzen dieser Partei einsieht. Viel Chancen haben die Listen wohl kaum, allerdings gibt es immer noch den einen oder anderen REP-Abgeordneten auf kommunaler Ebene. Spitzenkandidat für Hessen ist Haymo Hoch, der derzeitige Landesvorsitzende, für Niedersachsen tritt Peter Lauer, Oberstudienrat und Diplom-Mathematiker aus Hannover an, ebenfalls Landesvorsitzender, der sich dem Wähler mit den Worten empfiehlt, er habe „als Soldat, Offizier und Lehrer immer (seine) Pflicht erfüllt“. Na dann...

In der Kolumne „Der Parteivorsitzende hat das Wort“ erläutert Schlierer den „zentralen Unterschied zwischen Rot-Grün-Gelb-Schwarz“ und den REP: „Wir wollen überhaupt keine weitere Zuwanderung mehr, weder geregelt noch ungeregelt. Wir wollen eine rasche und geregelte Rückführung von Ausländern in ihre Heimatländer. Und zwar von jenen Ausländern, die keine Arbeit finden, nur von Sozialleistungen leben, kriminell werden, illegal eingereist sind oder sich nicht integrieren wollen ... Wir wollen keine Minarette und Muezzins an jeder Straßenecke. Und wir wollen, dass in unserem Land Deutsch gesprochen wird, aber nicht Kanaksprak oder Türkisch.“ Geplant ist also mal wieder ein rassistisch geprägter Wahlkampf, der sämtliche ausländerfeindlichen Vorurteile bedient. Bleibt zu hoffen, dass dem Aufruf „Wir müssen für unsere Nation auf die Straße gehen“ nicht allzu viele REP-Wahlhelfer folgen. Diese hetzerische Tagespost im Briefkasten reicht schon. Vielleicht greift ja der eine oder andere Postbote zu dem angemesseneren Behältnis.

uld, u.b. ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 22 Euro

O Förder-Abo, 13 Hefte 27 Euro

O Jahres-Abo, 26 Hefte 44 Euro

O Förder-Abo, 26 Hefte 54 Euro

O Schüler-Abo, 26 Hefte 28 Euro

Erscheinungsweise: 14-täglich

O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 60,- DM).

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, email: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507